

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIV. Jahrgang, Nr. 3

März 1951

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Ansätze zu normalem Saisonaufschwung — Akute Zahlungsbilanzschwierigkeiten — Verstärkte Preis-Lohn-Bewegung

Währung, Geld- und Kapitalmarkt; Budgetgebarung 1950 — Preise, Löhne, Lebenshaltungskosten — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft; Der Holzeinschlag in Österreich — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion; Korrektur des Produktionsindex — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel; Exportkredite und Exportkreditgarantien

Die regionale Streuung der Arbeitslosigkeit

Österreichische Wirtschaftszahlen (*Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite*)

Internationale Wirtschaftszahlen (*Weltmarktpreise*)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Ansätze zu normalem Saisonaufschwung — Akute Zahlungsbilanzschwierigkeiten — Verstärkte Preis-Lohn-Bewegung

Der saisonübliche Aufschwung der Wirtschaft im Frühjahr hat sich im Berichtsmonat fortgesetzt. Die Arbeitslosigkeit geht dank mildem Wetter und den beschäftigungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung weiter zurück. Ausfuhr, Industrieproduktion und Beschäftigung beleben sich saisongemäß. Die Einzelhandelsumsätze lassen erkennen, daß die spekulativen Käufe abklingen und die Verbrauchsstruktur sich wieder dem Normalen nähert.

Die Ansätze zu einem normalen Saisonaufschwung werden indessen durch die heftigen Rückwirkungen der internationalen Rüstungskonjunktur und die Rohstoffhausse empfindlich gestört. Wohl hat die Rohstoffknappheit bisher nur vereinzelt die Produktion beeinträchtigt¹⁾. Offenbar waren die Lager und die Möglichkeiten, auf Ersatzstoffe auszuweichen, doch größer, als vielfach angenommen wurde. Hingegen haben im Berichtsmonat zwei Probleme von größter Tragweite hohe Aktualität erlangt: die ernste Krise der Zahlungsbilanz und die immer mehr an Umfang und Stärke gewinnende Preis-Lohn-Bewegung.

Die Zahlungsbilanznöte der österreichischen Wirtschaft spiegeln sich deutlich in der vorzeitigen

¹⁾ Die Industrieproduktion ging zwar im Jänner saisongemäß um 1,9% zurück, erholte sich jedoch bereits im Februar.

Erschöpfung der „Ausgangsposition“ bei der Europäischen Zahlungsunion wider. Von der „indirekten“ Hilfe für das Wirtschaftsjahr 1950/51 von 80 Mill. \$ waren bereits Ende Februar 72,1 Mill. \$ ausgenutzt. Der Rest wurde im März verbraucht, obwohl bis zu diesem Zeitpunkt nicht einmal die Hälfte des Importprogramms 1950/51 realisiert wurde. Da laut Importprogramm in den Monaten März bis Juni aus Teilnehmerstaaten noch Waren im Werte von 200 Mill. \$ (das sind 50 Mill. \$ pro Monat) eingeführt werden müßten, während die Deviseneinnahmen aus (sichtbaren und unsichtbaren) Exporten im gleichen Zeitraum kaum 80 Mill. \$ übersteigen werden, droht ein Defizit in der Größenordnung von 120 Mill. \$.

Die rapide Verschlechterung der Zahlungsbilanz kommt zweifellos unvermutet, ließ doch gerade die günstige Exportkonjunktur eine fühlbare Entspannung erwarten. Tatsächlich schien die Entwicklung unmittelbar nach Ausbruch des Koreakonfliktes selbst hochgespannte Erwartungen zu übertreffen. Die Ausfuhr zeigte eine stark steigende Tendenz, die Devisenreserven der Nationalbank erholten sich und von der Ausgangsposition wurden bis Ende Oktober 1950 nur 10,7 Mill. \$ beansprucht. Auch in den folgenden Monaten war die Ausfuhr zufriedenstellend, obwohl der Aufschwung vom Herbst 1950 um die Jahreswende

so gut wie zu Ende ging. Das Ausführerergebnis vom Februar 1951 lag mit 665'6 Mill. S oder 111% des Volumens von 1937 wertmäßig noch immer um 65% und volumenmäßig um 44% über dem Stand vom Februar 1950.

Daß sich die „Ausgangsposition“ von November 1950 bis Februar 1951 dennoch rasch erschöpfte, ist teilweise eine Folge des Auseinanderklaffens von Handels- und Devisenbilanz. Hält man sich an die Außenhandelsdaten des Österreichischen Statistischen Zentralamtes und fügt man die von der Nationalbank erfaßten unsichtbaren Transaktionen in laufender Rechnung (Fremdenverkehr, Frachten usw.) hinzu, so gelangt man zu dem bemerkenswerten Ergebnis, daß die Handelsbilanz (einschließlich Dienstleistungen) gegenüber den ERP-Teilnehmerstaaten von Juni 1950 bis Februar 1951 nur mit 8 Mill. \$ passiv war, obwohl gleichzeitig 72 Mill. \$ der „Ausgangsposition“ verbraucht wurden und sich die Devisenbestände der Nationalbank nur unbedeutend veränderten. Genauere Untersuchungen ergaben, daß etwa die Hälfte dieser „Lücke“ von rund 60 Mill. \$ darauf zurückzuführen ist, daß die österreichischen Importeure infolge des Überganges vom Kompensations- zum Devisengeschäft, der allgemeinen Rohstoffknappheit sowie längerer Lieferfristen für Investitionsgüter in zunehmendem Maße gezwungen sind, Vorauszahlungen zu leisten. Außerdem haben die Eigendevisen der Exporteure etwas zugenommen, während im Export längere Zahlungsfristen gewährt wurden.

Der gestörte Rhythmus von Zahlungseingängen und -ausgängen erklärt indessen nur einen Teil des auf 120 Mill. \$ geschätzten Defizits. Selbst wenn keine Diskrepanz zwischen Handels- und Devisenbilanz bestünde, würden Exporterlöse und „Ausgangsposition“ nicht ausreichen, das im Importprogramm 1950/51 vorgesehene Importvolumen zu finanzieren, da die internationale Rüstungskonjunktur und die Rohstoffhausse die Austauschverhältnisse im Außenhandel verschlechtert und den realen Wert der Auslandshilfe geschmälert haben. Die daraus resultierende Belastung der Zahlungsbilanz dürfte den Vorteil gesteigerter Exportmöglichkeiten mehr als wettgemacht haben.

Nicht zuletzt erschwert der rigorose Abbau von Kompensationsgeschäften die Außenhandelsituation. Der Kompensationsverkehr bot vielen unter besonderem Konkurrenzdruck stehenden Produzenten von „non essentials“ Exportmöglichkeiten, da als Gegenlieferung Waren importiert wurden, die ein hohes Agio vertrugen. Das Verbot von Kompensationen hat den Export dieser Produzenten lahmgelegt, während sich die bisher im Kompensationsverkehr befriedigte

Importnachfrage von „non essentials“ auf den allgemeinen Devisenfonds der Nationalbank richtete und damit zumindest teilweise die Zuteilungen für wichtige Importgüter schmälerte.

Die volle Tragweite der Zahlungsbilanzschwierigkeiten ist gegenwärtig nur schwer zu übersehen. Zweifellos kann die österreichische Nationalbank nicht einmal einen Bruchteil des Defizits decken, da ihre Devisenbestände kaum das zur Abwicklung des laufenden Zahlungsverkehrs notwendige Minimum übersteigen. Auch eine Verlagerung der Importe von Teilnehmerstaaten auf das Dollargebiet böte keinen Ausweg, da der Rückgang der Auslandshilfe und die Verteuerung der Dollarwaren die Dollarbilanz ohnehin sehr angespannt haben. Es wird daher unvermeidlich sein, das Importprogramm zu kürzen, selbst auf die Gefahr hin, daß sich dadurch die Rohstoffversorgung weiter verschlechtert.

Welche Kürzung der Importe die österreichische Wirtschaft verträgt, ohne nachhaltigen Schaden zu erleiden, ließe sich nur auf Grund einer eingehenden Untersuchung feststellen. Der Umstand, daß die Gesamteinfuhr von Rohstoffen von 102% im Jahre 1949 auf 95% im Jahre 1950 zurückgegangen ist, während die Industrieproduktion von 118% auf 141% gesteigert wurde (1937 = 100), sowie die im Vergleich zum Viehbestand völlig unzulängliche Futtermittelfuhr stützen wohl die Annahme, daß das Einfuhrvolumen zumindest bei diesen Warengruppen bereits bisher unter dem laufenden Verbrauch gelegen hat und sich kaum stärker einschränken läßt. Für einen ziffermäßigen Nachweis wären jedoch detaillierte Statistiken über Lagerhaltung und Rohstoffverbrauch notwendig. Sie würden es nicht nur den österreichischen Stellen erleichtern, die Europäische Zahlungsunion von der Notwendigkeit einer zusätzlichen Hilfe zu überzeugen, sondern überhaupt erst die Voraussetzung für eine rationelle, den Erfordernissen der Wirtschaft Rechnung tragende Außenhandelsplanung schaffen.

Während die Zahlungsbilanzschwierigkeiten wohl den verantwortlichen wirtschaftspolitischen Stellen ernste Sorgen bereiten, vorläufig sich aber noch nicht auf Produktion und Beschäftigung ausgewirkt haben, ziehen immer stärkere *Preis- und Lohnbewegungen* bereits die gesamte Wirtschaft in Mitleidenschaft. Von Mitte Februar bis Mitte März sind die Großhandelspreise neuerlich um 2'8% und die Lebenshaltungskosten um 3'2% gestiegen. Im Großhandel wurden Wolle, Kautschuk, Kupfer, Aluminium, Holz und Zement und im Einzelhandel Textilien, Schuhe, Möbel, Papierwaren sowie einige Haushaltsgegenstände teurer. Die gesamte Preissteigerung seit Aus-

bruch des Koreakonfliktes beträgt damit 29,5 % (Großhandelspreise) und 18,7 % (Lebenshaltungskosten).

Der Preisauftrieb wird insbesondere durch die starke Verteuerung der Importkohle (polnische Kohle z. B. wurde um 100 % teurer) verschärft. Auf Grund der neuen Kohlenpreise wurden bereits Erhöhungen der Eisen- und Gaspreise angekündigt, die Preise anderer kohlenintensiver Produkte dürften bald folgen. Der von der Kohle ausgehende Preisauftrieb läßt sich um so schwerer auffangen, als die noch billig eingekauften Rohstoffvorräte zu Ende gehen und Lohnnachziehungen die Gestehungskosten steigern. Das hat zur Folge, daß die bisher vorwiegend auf Rohstoffe beschränkten Preissteigerungen mehr und mehr auch auf Fertigwaren übergreifen und damit nicht nur die Lebenshaltung verteuern, sondern auch die internationale Konkurrenzfähigkeit der Fertigwarenindustrien beeinträchtigen.

Auch die Lohnbewegung gewinnt an Umfang. Im März sind die Tariflöhne in der Metallindustrie, der Papierindustrie, der Sägeindustrie und der Holzverarbeitenden Industrie gestiegen; weitere Lohnverhandlungen stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Von besonderem Einfluß auf Baukosten und Investitionsgüterpreise ist die neuerliche Lohnerhöhung im Bau- und Baunebengewerbe ab April. Unter den Angestellten haben außer den Beamten auch eine Reihe von Gehaltsgruppen der Privatwirtschaft höhere Bezüge durchgesetzt. Die Ausbreitung individueller Lohn- und Gehaltsnachziehungen verleiht ihnen immer mehr den Charakter einer allgemeinen Lohnbewegung, in der allerdings die an der Exportkonjunktur unmittelbar beteiligten Arbeitergruppen besonders gut abschneiden, während andere der allgemeinen Entwicklung stärker nachhinken.

Die Verstärkung der Lohn-Preis-Bewegung — noch ehe mit der Lösung der schwierigen Preisprobleme der Landwirtschaft überhaupt begonnen wurde — läßt befürchten, daß sie über die unerläßliche Anpassung an die Preisverhältnisse auf dem Weltmarkt hinausgeht und sich zu einem selbsttätigen Prozeß entwickelt, der durch Spannungen und Verzerrungen im Preis-Lohn-Gefüge ständig neue Nahrung erhält. Diese Befürchtungen gründen sich einmal darauf, daß die Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse im Außenhandel, der Rückgang der Auslandshilfe und die (einem Kapitalexport gleichkommende) Diskrepanz in den Zahlungsfristen zwischen Import und Export zumindest kurzfristig das verfügbare Sozialprodukt geschmälert haben. Unter diesen Umständen muß der Versuch sämtlicher Bevölkerungskreise, ihr bisheriges Realeinkommen

zu erhalten oder sogar zu verbessern, notwendigerweise zu einer Preis-Lohn-Spirale führen. Zum anderen haben sich dadurch, daß man den vom Weltmarkt ausgehenden Auftriebstendenzen lange Zeit freien Lauf ließ und es versäumte, durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen die Einkommen zu stabilisieren, stärkere Verzerrungen in der Einkommensstruktur herausgebildet, die die Lasten des verminderten Sozialprodukts einseitig verteilen und den Widerstand gegen eine Realeinkommensenkung verstärken.

Die bedrohliche Entwicklung von Zahlungsbilanz und innerem Preis-Lohn-Niveau haben die Währungsbehörden veranlaßt, Maßnahmen zur Dämpfung der *Kreditexpansion* einzuleiten. Man erwartet sich davon, daß das Halten spekulativer Lager eingeschränkt, die Kapitalflucht erschwert wird, übermäßige Vorfinanzierungen im Import vermieden und die heimischen Exporteure veranlaßt werden, beim Export knapper Rohstoffe ausländische Finanzierungsmöglichkeiten weitgehend auszunutzen. Obwohl keineswegs an eine ähnlich rigorose Kreditbremse wie etwa in Deutschland — wo das ausstehende Kreditvolumen um 1 Mrd. DM vermindert werden soll —, sondern vielmehr an eine sorgfältigere Auslese volkswirtschaftlich wichtiger Kredite gedacht wird, wurden gegen die angekündigten kreditpolitischen Maßnahmen vielfach Bedenken erhoben.

Im ganzen gesehen darf man wohl unter den gegebenen Verhältnissen von währungspolitischen Maßnahmen nur Teilerfolge erwarten, die zwar innerhalb bestimmter Grenzen einen vorsichtigen Kurs der Währungspolitik rechtfertigen, nicht aber eine entscheidende Entlastung der Zahlungsbilanz oder eine Stabilisierung des Preis-Lohn-Niveaus. Die geringe Tiefenwirkung der Geldpolitik erklärt sich vor allem daraus, daß Wirtschaftspolitik und Bevölkerung kaum bereit sind, den dornigen Weg einer starken Restriktion der Gesamtnachfrage mit allen ihren harten Konsequenzen für Produktion und Beschäftigung zu verfolgen, um so weniger, als der gegenwärtige Preisauftrieb und die Zahlungsbilanzschwierigkeiten nicht von der heimischen „Geldseite“ ausgehen, sondern von den Weltmärkten und den Verzerrungen der Preis- und Einkommensstruktur. Die Rolle der Geldpolitik ist hierbei eine weitgehend passive und beschränkt sich darauf, den durch höhere Preise und Einkommen ausgelösten zusätzlichen Geldbedarf zu finanzieren.

Tatsächlich zeigt das Geldvolumen zumindest seit Anfang 1951 keine übermäßige Ausweitung. Der Notenumlauf ging trotz starker Kreditausweitung in den Monaten Jänner und Februar sogar um 252 Mill. S

und 90 Mill. S zurück, während das gesamte Geldvolumen (einschließlich Scheckeinlagen) im Februar um 185 Mill. S zunahm. Wenn auch die Geringfügigkeit der Zunahme des Geldumlaufes vorwiegend Saisoneinflüssen zu verdanken ist und mit fortschreitender Jahreszeit wieder eine etwas stärkere Geldvermehrung erwartet werden muß, so ist vorläufig doch keine von der „Geldseite“ ausgehende inflatorische Tendenz zu beobachten.

Der Versuch, durch allgemeines Knapphalten des Geldes finanzielle Stabilität zu erzwingen, müßte — nachdem Löhne und Preise bereits in Bewegung geraten sind — wahrscheinlich mit einer stärkeren Arbeitslosigkeit und Produktionsrückschlägen erkauft werden. Eine solche Politik widerspräche aber den Bemühungen um einen hohen Beschäftigtenstand, die in den letzten Monaten — wenn auch unterstützt durch das milde Wetter — bemerkenswert erfolgreich war. Die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen ist bereits im Februar um 20.138 und im März um weitere 39.482 Personen zurückgegangen und lag mit 159.530 Personen nur noch um 11.808 Personen höher als Ende März 1950.

Gegen eine stärkere Einschränkung des Bankkredites läßt sich weiters anführen, daß sie einer einseitigen Kürzung der kommerziellen Kredite zugunsten von ERP-Projekten gleichkäme. Eine solche Verschiebung innerhalb des Kreditvolumens wäre deshalb bedenklich, weil kommerzielle Kredite vor-

wiegend kurzfristiger Natur sind und zur Finanzierung der laufenden Produktion dienen, während aus Counterparts langfristige Investitionen finanziert werden. Der energische Versuch, die Zahlungsbilanz unabhängig von den Auswirkungen auf längere Sicht verhältnismäßig rasch zu entlasten, müßte gerade mit einer Kürzung der langfristigen Investitionen beginnen, die gegenwärtig einen beträchtlichen Teil der heimischen Investitionsgüterproduktion absorbieren und damit ihre Ausfuhrmöglichkeiten einengen.

Bei allen Erwägungen über die Zweckmäßigkeit kreditpolitischer Maßnahmen darf schließlich nicht übersehen werden, daß sie eine Alternative und zum Teil eine unerläßliche Ergänzung für direkte Lenkungsmaßnahmen darstellen. Je vorsichtiger auf währungspolitischem Gebiet operiert und je mehr davor zurückgeschaut wird, mit „marktkonformen“ Maßnahmen innere und äußere Stabilität zu sichern, desto notwendiger werden umfassende und ins Detail eingreifende Vorschriften auf den Gebieten von Bewirtschaftung, Lenkung und Preisregelung sowohl in der Binnenwirtschaft als auch im Außenhandel. Diese wechselseitige Abhängigkeit von Währungs- und Finanzpolitik einerseits und direkter Lenkung andererseits wird zu berücksichtigen sein, wenn, gestützt auf die Anfang April verabschiedeten wirtschaftspolitischen Rahmengesetze, Umfang und Strenge der notwendigen direkten Lenkungsmaßnahmen festgelegt wird.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 145–146

Nachdem im Dezember das Geldvolumen¹⁾ beträchtlich (um 321 Mill. S) zugenommen und mit 14.608 Mill. S den Stand von Ende 1949 um 13% überschritten hatte, kam die Ausweitendenz im *Jänner* — teils saisonmäßig, teils aus außergewöhnlichen Gründen (hohe Devisenabgabe der Nationalbank) — fast zum Stillstand. Das Geldvolumen erhöhte sich nur noch um 50 Mill. S (Notenumlauf minus 252, freie Nichtbankenguthaben bei der Nationalbank minus 205, Scheckeinlagen plus 507)²⁾.

Im *Februar* hat das Geldvolumen wieder etwas stärker — um 185 Mill. S auf 14.844 Mill. S — zuge-

¹⁾ Angelsächsische Definition: Banknotenumlauf plus freie Verbindlichkeiten der Nationalbank plus Scheckverbindlichkeiten der Kreditinstitute, ohne Zwischenbankverflechtung (d. h. Guthaben von Kreditinstituten bei der Nationalbank und bei Kreditinstituten).

²⁾ Die starke Erhöhung der Scheckeinlagen im *Jänner* hatte teilweise außergewöhnliche Ursachen (Transfer alliierter Guthaben von Nationalbankgirokonto auf Scheckkonto bei Kreditinstituten).

nommen. Wohl hat sich der Banknotenumlauf um 90 Mill. S vermindert. Dieser Rückgang wurde jedoch durch eine Zunahme der freien, nicht von Kreditinstituten stammenden Guthaben bei der Notenbank um 125 Mill. S und eine Vermehrung der Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten um 150 Mill. S weit überkompensiert.

Angesichts der in den letzten Monaten stärkeren Kreditausweitung³⁾, des Preis- und Lohnauftriebes im Inland und der kritischen Zahlungsbilanzsituation sind die maßgeblichen Stellen der Währungspolitik bemüht, der Kreditexpansion der Kreditinstitute gewisse Beschränkungen aufzuerlegen. Für eine wirksame Steuerung des Kreditvolumens durch die zentralen Währungsbehörden fehlen allerdings ausreichende gesetzliche Handhaben, da man sich bisher über eine Neufassung des noch aus der Zeit der deutschen Besetzung stammenden Kreditwesens

³⁾ Allein in den ersten beiden Monaten des neuen Jahres betrug die Kreditausweitung 867 Mill. S (511³ Mill. S im *Jänner* und 355⁴ Mill. S im *Februar*). Im ganzen I. Quartal 1950 dagegen hatte sich das Kreditvolumen um 963 Mill. S erhöht.

gesetzes nicht einigen konnte. Die zentralen Währungsbehörden können daher kaum viel mehr tun, als die Kreditinstitute über die als wünschenswert angesehene Kreditpolitik zu informieren und ihnen bestimmte Maßnahmen zu empfehlen¹⁾.

Der direkte Einfluß der Notenbank auf die Geschäftspolitik der Kreditinstitute beschränkt sich vorwiegend auf Tempo und Ausmaß der Refinanzierung von Kommerzwechseln, die jedoch im Rahmen des gesamten Wechsel-Portefeuilles nur eine verhältnismäßig geringe Bedeutung besitzen. Alle übrigen refinanzierbaren Wertpapiere (Aufbauwechsel, Schatzscheine) muß die Notenbank bei Vorlage honorieren. Immerhin ließen sich von einer Diskonterhöhung zumindest Teilerfolge erwarten. Eine Verteuerung der Kredite würde die von den Banken geforderte schärfere Auswahl der Kreditansuchen erleichtern und die Gefahr willkürlicher oder konzernpolitischer Bevorzugung vermindern. Außerdem würde sie die Möglichkeit von Kapitalflucht im Wege des Außenhandels verringern und so zur Verbesserung der prekären Zahlungsbilanz- und Devisensituation beitragen.

Die früher erwähnte *Notenumlaufsabnahme* um 90 Mill. S (auf 6.007 Mill. S) im Februar war vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die zeitlich gesperrten Verbindlichkeiten der Nationalbank gegenüber öffentlichen Stellen (durch Erlöseinzahlungen für direkte Hilfslieferungen und entsprechende Transaktionen bei Ausnutzung der „Ausgangsposition“) um 236 Mill. S (auf 1.650 Mill. S) erhöhten und gleichzeitig auch die freien Nationalbankguthaben öffentlicher Stellen per Saldo um 125 Mill. S (auf 908 Mill. S) zunahmen. Außerdem wirkten die Abnahme des Devisenbestandes der Nationalbank um 24 Mill. S (auf 174 Mill. S)²⁾, Rücklösungen von

¹⁾ Während zunächst nur eine Einschränkung der Konsumkredite (Finanzierung von Ratengeschäften) empfohlen wurde, einigte sich später die Nationalbank mit den maßgeblichen Kreditinstituten darüber, daß „geeignete Maßnahmen zur Eindämmung einer ungesunden Kreditausweitung“ notwendig seien. Alle neu zu gewährenden Kredite sollen einer genauen Auslese „nach wirtschaftlich gerechtfertigten Grundsätzen“ unterworfen werden und insbesondere Kredite, die der Finanzierung von Spekulation und Warenhortung dienen, vermieden werden.

²⁾ Die in letzter Zeit beobachteten Schwankungen des Devisenportefeuilles der Nationalbank sind durch die Technik der Initial-Position-Ausnutzung (vorschubweise Devisenabgabe durch die Nationalbank und Refundierung nach der monatlichen Abrechnung durch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) zu erklären. Nach der letzten Abrechnung (Ende Februar) lag der Devisenbestand der Nationalbank am 15. März 1951 nur um 28 Mill. S unter dem bisherigen Höchststand (7. Jänner 1951 474 Mill. S).

Besatzungskostenschatzscheinen für 4 Mill. S sowie eine Verminderung der Forderung an den Bundesschatz um 2 Mill. S restriktiv. Diesen restriktiven Faktoren von 391 Mill. S standen ausweitende in Höhe von nur 301 Mill. S gegenüber, die sich aus einer Erhöhung des Wechselportefeuilles der Nationalbank um 166 Mill. S (davon 106 Mill. S Aufbaukreditwechsel) sowie einer Verminderung der freien Guthaben der Kreditinstitute bei der Nationalbank um 135 Mill. S zusammensetzten.

Die *Einlagen bei den Kreditinstituten* stiegen im Jänner um 556 Mill. S; davon entfielen allein 507 Mill. S auf Scheckkonten. Saisongemäß haben sich die Spareinlagen — nach dem Rückgang im Dezember — um 49 Mill. S erhöht, wobei aber nur ein Teil des Zuwachses auf private Spareinlagen entfiel. Im Februar betrug der Spareinlagenzuwachs sogar 73 Mill. S (auf 2.320 Mill. S), wofür aber noch keine Aufgliederung vorliegt. Die Scheckeinlagen erhöhten sich im Februar um 151 Mill. S (auf 7.929 Mill. S). Die leichte Aufwärtsbewegung des *Aktienkursniveaus* hielt auch in der Zeit von Mitte Februar bis Mitte März weiter an. Die Kursverbesserungen erstreckten sich auf fast alle Industriezweige (mit Ausnahme der Brauindustrie). Besonders zogen die Kurse der Textilindustrie- und der Papierindustrieaktien an. Der Gesamtindex von 36 Industrieaktien stieg um 2,3 % (von 269,0 auf 275,2; März 1938 = 100), wobei lediglich die Aktienkurse nicht verstaatlichter Gesellschaften anzogen, während jene verstaatlichter Betriebe sogar geringfügig zurückgingen. Das Kursniveau aller erfaßten Aktien überschritt den Vorjahrestiefstand (August) bereits um 24,7 %. Auf dem *Anlagemarkt* blieb der Kurs der Aufbauanleihe mit 87 S pro 100 S Nominale unverändert, während Bundesschuldverschreibungen 1947 leicht nachließen (von 40,00 auf 39,25 S pro 100 S Nominale). Der Kursindex festverzinslicher Wertpapiere fiel um 0,8 %, von 90,4 auf 89,7 (28. März 1945 = 100).

Budgetgebarung 1950

Zum erstenmal nach dem Kriege wurde bereits wenige Monate nach der Jahreswende der vorläufige Abschluß³⁾ des Staatshaushaltes bekanntgegeben. Danach schloß die *Gesamtgebarung* 1950 (ordentlicher und außerordentlicher Haushalt) bei Ausgaben von 12.233 Mill. S und Einnahmen von 12.023 Mill. S mit einem Defizit von 210 Mill. S. Berücksichtigt man, daß in den laufenden Ausgaben 200 Mill. S Subventionen für kommerzielle Lebensmittelimporte enthalten sind, die erst im Laufe des Jahres 1951

³⁾ Die endgültigen Ziffern werden erst nach der Kontrolle durch den Rechnungshof im Herbst veröffentlicht werden.

ausgegeben werden, so vermindert sich das tatsächliche Defizit auf 10 Mill. S. Der Staatshaushalt war damit praktisch ausgeglichen.

Im *ordentlichen Haushalt* (einschließlich der erwähnten Lebensmittelsubventionen) wurde ein Überschuß von 471 Mill. S erzielt. Die bisherigen Veröffentlichungen pro Quartal ließen ein besseres Ergebnis erwarten, da das Budget bereits in den ersten drei Quartalen 1950 mit 855 Mill. S aktiv war. Das IV. Quartal schloß jedoch infolge der (noch nicht ausgegebenen) Lebensmittelsubventionen von 200 Mill. S, der Mehrbelastung durch das vierte Preis-Lohn-Abkommen und wegen saisonmäßiger Einflüsse¹⁾ mit einem beträchtlichen Defizit (384 Mill. S).

Das ordentliche Budget im Jahre 1950

Einnahmen	Gebarung		Ausgaben	Gebarung	
	Voranschlag in Mill. S			Voranschlag in Mill. S	
Nettosteuer- aufkommen	4.937	5.756	Hoheitsverwal- tung	5.849	6.234
Monopole, Bundesbetrie- be u. Eisen- bahnen	3.521	3.941	Monopole, Bundesbetrie- be u. Eisen- bahnen	3.768	4.173
Sonstige Ein- nahmen	1.159	1.381	Importsub- ventionen	—	200
			Überschuß	—	471
	<u>9.617</u>	<u>11.078</u>		<u>9.617</u>	<u>11.078</u>

Sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen überschritten die Ansätze des Voranschlages. Die Einnahmen waren um 1.461 Mill. S oder 15,2% und die Ausgaben um 990 Mill. S oder 10,3% höher. Überschreitungen ergaben sich bei fast allen wichtigen Einnahmen- und Ausgabengruppen. Auf der Einnahmenseite blieben nur die Erträge der Vermögenssteuer und der Zolleinnahmen und auf der Ausgabenseite der Aufwand für den Schuldendienst, für die Land- und Forstwirtschaft und die Besatzungskosten²⁾ unter den Voranschlägen.

Gemäß Voranschlag sollten im Jahre 1950 im *außerordentlichen Budget* 1.078 Mill. S für Bundesinvestitionen ausgegeben werden, die man teils aus Counterpart-Freigaben (ERP-Mitteln), teils aus Mehreinnahmen und Ausgabenersparungen des ordentlichen Haushaltes sowie aus Kassenbeständen zu decken hoffte. Tatsächlich wurden im Rahmen des Bundesinvestitionsprogrammes 1.076 Mill. S aufgewendet, 36,7% aus Counterpart-Freigaben, 43,8% aus dem Überschuß im ordentlichen Haushalt und 19,5% aus Kassenreserven. Außer den Bundesinvestitionen

enthält der Staatshaushalt noch die im Rahmen der ERP-Sonderwiederaufbauprogramme³⁾ an diese Sonderfonds getätigten Ausgaben, die ausschließlich durch Counterpart-Freigaben finanziert werden. Im Jahre 1950 wurden unter diesem Titel 550 Mill. S eingenommen und ausgegeben.

Gesamtgebarung des Bundeshaushaltes im Jahre 1950

Einnahmen	Mill. S	Ausgaben	Mill. S
Ordentlicher Haushalt	11.078	Ordentlicher Haushalt	10.607
ERP-Counterpartmittel für das Bundesinvestitions- programm	377	Bundesinvestitions- programm	1.076
Sonstige Counterpart- mittel für das Bundes- investitionsprogramm	18	Sonderwiederaufbau- programme	550
ERP-Counterpartmittel für die Sonderwieder- aufbauprogramme	550		
Defizit (Verminderung der Kassenreserven)	210		
	<u>12.233</u>		<u>12.233</u>

Die bemerkenswert günstigen Gebarungsergebnisse waren nicht zuletzt der hohen Dotation aus dem ERP-Fonds zu verdanken. Außer den im Budget als Einnahmen ausgewiesenen Counterpart-Freigaben für Bundesinvestitionen und Sonderwiederaufbauprogramme hat insbesondere die Finanzierung namhafter Importsубventionen durch Counterparts das Budget entlastet⁴⁾. Einschließlich dieser Importsубventionen, die normalerweise aus laufenden Budgeteinnahmen zu decken gewesen wären, betrug der Zuschuß aus ERP-Mitteln im Jahre 1950 1,8 Mrd. S.

Die starke Abhängigkeit von Counterpart-Zuschüssen macht es mit abnehmender Auslandshilfe immer schwieriger, das Budget im Gleichgewicht zu halten. Wohl lassen sich mit fortschreitendem Wiederaufbau viele bisher durch Counterparts finanzierte Investitionen des außerordentlichen Budgets einschränken. In welcher Weise das Subventionsproblem gelöst werden kann, ist jedoch bisher kaum abzusehen. Infolge des Rückgangs der ERP-Lieferungen

³⁾ Landwirtschaftliches Wiederaufbauprogramm, forstwirtschaftliches Wiederaufbauprogramm, Arbeiterwohnhausbau, allgemeiner Wohnhauswiederaufbau, Fremdenverkehr.

⁴⁾ Die Differenz (price gap) zwischen inländischen Abgabepreisen für ERP-Güter und vollem Gegenwert wird zwar formal vom Bund mit Hilfe von Notenbankkrediten bezahlt. Tatsächlich gehen jedoch diese Subventionen zu Lasten der Counterpart-Gebarung, da im Rahmen der Freigabepolitik stets nur über die tatsächlichen Erlöseingänge aus dem Verkauf von Hilfslieferungen disponiert wird.

¹⁾ Mit Abschluß der Bausaison fallen in erhöhtem Ausmaße Baurechnungen an.

²⁾ Hier sind jedoch bekanntlich Nachzahlungen zu leisten, über deren endgültige Höhe noch verhandelt wird.

rungen mußten bereits im Jahre 1950 nachträglich 200 Mill. S Subventionen für kommerzielle Importe bereitgestellt werden. Für das Jahr 1951 ist mit bedeutend höheren Beträgen zu rechnen, wenn es nicht gelingt, die Subventionen abzubauen. Eine stärkere Subventionslast würde zweifellos die Kräfte des Fiskus übersteigen, da das Budget 1951 ohnehin durch Mehraufwendungen verschiedenster Art (Nachziehung der Beamtgehälter, nachträgliche Forderungen von Besatzungskosten, zusätzliche Dotation des Wohnbaues, erhöhtes Defizit der Bundesbahnen infolge Preissteigerung bei Kohlen usw.) sehr angespannt ist.

Preise, Löhne, Lebenshaltungskosten

Dazu statistische Übersichten S. 147–149

Preise und Löhne steigen ohne Unterbrechung. Während sich aber bisher die Preise vorwiegend im Zusammenhang mit der Hausse auf den Weltmärkten, den Kostenerhöhungen des vierten Preis-Lohn-Abkommens sowie im Gefolge von spekulativen Käufen erhöht haben, zeichnet sich nunmehr — die erste, noch nicht abgeschlossene Welle überlagernd — eine zweite große Welle von Preiserhöhungen ab, die durch die Lohnnachziehungen der letzten Zeit ausgelöst wurde.

In der Berichtsperiode erzielten die Arbeiter in der metallerzeugenden und -verarbeitenden Industrie sowie in der Elektrizitätsversorgung Lohnerhöhungen von 13 bis 16% (gültig für ganz Österreich ab 1. März 1951); die Arbeiter im metallverarbeitenden Gewerbe erhielten eine 10%ige Lohnerhöhung (gültig ab 12. März). Die Stunden- und Wochenlöhne in der österreichischen Sägeindustrie wurden mit Wirkung vom 19. März um 10% erhöht. Die Arbeiter der chemischen Industrie (Österreich ohne Vorarlberg) erzielten ab 1. März eine Stundenlohnerhöhung um 40 bis 55 Groschen (10% bis 13%). Ebenfalls mit Wirkung vom 1. März wurden die Stundenlöhne der Arbeiter in der Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappeindustrie (ganz Österreichs) um 50 Groschen (10 bis 17%) erhöht, wozu noch ein Zuschlag von 4% (des neuen Gesamtlohnes bei 48stündiger Arbeitszeit) tritt, der von den Unternehmern einbehalten und am 1. Juni 1951 erstmalig ausbezahlt werden soll. Die Speditions- und Möbeltransportarbeiter in Wien erhielten ab 1. März eine Lohnerhöhung um S 25.— pro Woche (10 bis 12%). Die Arbeiter in der Holzverarbeitenden Industrie, im Tischlergewerbe und bei den Bürsten- und Pinselmachern in Wien konnten ab 1. April ihre Lohnsätze um 10% verbessern. Auch die Wander- und

Saisonarbeiter in der Landwirtschaft erhielten bei Abschluß des neuen Kollektivvertrages neben sonstigen Verbesserungen eine Lohnerhöhung um 30 bis 40% gegenüber den Löhnen vor dem vierten Preis-Lohn-Abkommen. Für die Arbeiter im Baugewerbe und in den Baunebengewerben wird eine 10%ige Lohnerhöhung (am 1. April) wirksam, die zusammen mit den Preiserhöhungen bei Baustoffen neue Finanzierungs- und Beschäftigungsprobleme aufwirft.

Die bisherige Lohnbewegung hat den vom Institut berechneten *Index der Nettotariflöhne* in Wien seit Oktober 1950 um 41% (auf 544,1; April 1945 = 100) erhöht, davon 25% in der Zeit von Februar auf März. Mit Einschluß des vierten Preis-Lohn-Abkommens (seit September 1950) beträgt die Steigerung des Index 22,6%. Die Erhöhung der Bau- und Holzarbeiterlöhne ist, da erst ab April wirksam, in der Berechnung noch nicht enthalten und wird den Index im Monat April um weitere rund 5% gegenüber März steigern.

Die zweite Etappe des „Nachziehverfahrens“ für die Gehälter der öffentlich Angestellten wurde am 6. März (mit Wirksamkeit vom 1. März) abgeschlossen. Nunmehr errechnen sich die Bezüge in folgender Weise: Grundbezug laut Gehaltsüberleitungsgesetz (§ 11) mal 2, plus 270 S. Der so errechnete Bezug wird dann nochmals um die Erhöhung des vierten Preis-Lohn-Abkommens (um 10%, mindestens um 100 S) gesteigert. Hinzu treten gegebenenfalls die Familien- und Kinderzulagen, deren Höhe unverändert blieb, und die staatliche Kinderbeihilfe. Liegt der neue Gesamtbezug nicht mindestens um 60 S höher als der bisherige, so erfolgt ein weiterer Zuschlag im Ausmaß des Unterschiedes auf dieses „Mindestplus“ von 60 S. Die neuen Bezüge der Pensionisten berechnen sich wie oben, aber mit der für Pensionisten im vierten Preis-Lohn-Abkommen festgesetzten Erhöhung (10%, mindestens 80 bzw. 50 S) und ohne die Bestimmung über das „Mindestplus“. Die Pensionen der sogenannten „Altpensionisten“ wurden außerdem von bisher 85% auf 95% der Neupensionen erhöht (Wirksamkeit der Pensionsangleichung ab 1. Juli 1951).

Die neue, vom vierten Preis-Lohn-Abkommen unabhängige und teilweise bereits vorher begonnene, besonders aber nach dem Abkommen beschleunigte Lohnerhöhungswelle hat bereits nahezu alle Gebiete der Wirtschaft erfaßt und sich keineswegs auf die von der Exportkonjunktur begünstigten Zweige beschränkt. Sie hat ihren Höhepunkt bereits überschritten, und die gegenwärtigen Verhandlungen sind

zu einem großen Teil bereits Nachzüglerverhandlungen schwächerer Gewerkschaften bzw. von Arbeitnehmern in schwacher Verhandlungslage. So führen die Handelsangestellten Lohnverhandlungen, ferner — diesmal getrennt nach Wirtschafts- bzw. Industriezweigen — die Industrieangestellten, die Arbeiter und Angestellten bei den Zeitungen, die Facharbeiter im Hotel- und Gastgewerbe, die Bediensteten in privaten und konfessionellen Spitälern und die Speditions- und Transportarbeiter in den Bundesländern. Auch mit der sowjetischen Erdölverwaltung verhandeln die Gewerkschaften. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis der generellen Preis-Lohn-Abkommen geraten bei der gegenwärtigen Lohnbewegung gewisse kleinere Gruppen ins Hintertreffen.

Teilweise sind die gegenwärtigen Verhandlungen bereits der Beginn einer zweiten großen Lohnforderungs- und Lohnerhöhungswelle. Es werden nämlich bereits auch wieder in solchen Wirtschaftszweigen (z. B. Textilindustrie, graph. Gewerbe) Lohnverhandlungen geführt, die nach dem vierten Preis-Lohn-Abkommen eine zusätzliche Lohnerhöhung bereits zugestanden haben.

Die Preise sind — mit Ausnahme der meisten Lebensmittelpreise — weiter im Anstieg. Neben der Verteuerung der Rohstoffe auf dem Weltmarkt wirkt sich nunmehr insbesondere die Kohlenpreiserhöhung (vor allem die Verdoppelung der Preise für polnische Kohle) aus¹⁾. Hinzu treten Preiserhöhungen für inländische Rohstoffe (insbesondere Holz), die eine Folge der Exportkonjunktur und ungenügender wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Exporteinschränkung sind, und schließlich macht sich hie und da auch bereits die laufende Lohnerhöhungswelle preistreibend bemerkbar. Hinzu kommt noch, daß in die Zeit starker Preisauftriebe eine Reihe äußerst empfindlicher Zollerhöhungen fällt, durch die verschiedene Importe weiter beträchtlich verteuert werden.

Die Preisauftriebstendenz ist besonders auf den Märkten für Maschinen, Elektrowaren, Baustoffe, Rohhäute, Leder und Holz wirksam. Die Papier- und

¹⁾ Obwohl die höheren Preise noch nicht effektiv gezahlt werden, muß doch die Erhöhung in den Kalkulationen der Unternehmer bereits berücksichtigt werden. Die Rechnungen werden nämlich beim Kohlenverkauf freibleibend gestellt, und der Kohlenbezieher hat mit Nachzahlungen zu rechnen. Die neuen Inlandspreise für polnische und auch für andere Importkohle sind noch nicht festgesetzt; es wird an die Schaffung von Mischpreisen zwischen den stark überhöhten Preisen für polnische Kohle und jenen anderer Importkohlen gedacht, aber auch ein Mischpreis würde beträchtlich höher liegen als die gegenwärtigen Preise und Nachzahlungen verursachen.

die Pappeindustrie erhöhten ihre Preise um 25%. Eine Erhöhung der Eisenpreise sowie des Gaspreises in Wien wurde angekündigt.

Unter den Großhandelspreisen sind wieder jene für Industriestoffe stark gestiegen. Wolle, Kautschuk, Kupfer, Aluminium, Bau- und Nutzholz wurden teurer und erhöhten den Teilindex für Industriestoffe des vom Statistischen Zentralamt berechneten Großhandelspreisindex um 5,1% (auf 879; März 1938 = 100). Die Nahrungsmittelpreise blieben unverändert, Hafer und Mais zogen etwas an. Der *Gesamtindex der Großhandelspreise* stieg um 2,8% (von 654 auf 672; März 1938 = 100).

Der *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) ist von Mitte Februar auf Mitte März um weitere 3,2% (von 522,0 auf 538,6; März 1938 = 100) gestiegen und überschritt damit den Stand unmittelbar vor Wirksamwerden des vierten Preis-Lohn-Abkommens (September 1950) um 17,1%, jenen unmittelbar nach dem Abkommen (Oktober) um 9,7%. Die Steigerung im letzten Monat war — wie überhaupt ein Teil des Preisanstieges im Winter und beginnenden Frühjahr — teilweise saisonmäßig (Gemüsepreise). Da die Vorräte an ERP-Schmalz zu Ende gegangen sind, wurde der Preis für kommerziell eingeführtes Schmalz (S 14'—) in den Index eingesetzt. Ferner stiegen die Preise für Herrenhemden und Schuhe (beide durchschnittlich um 5%) sowie die Möbelpreise (8%), die Preise für Papierwaren (zwischen 10% und 25%) und für einige Haushaltsgegenstände aus Holz und Metall (Fleischmaschine). Der Eierpreis ging weiter zurück. Für die nähere Zukunft muß mit weiteren, die Lebenshaltungskosten erhöhenden Faktoren (höhere Kohlen- und Gaspreise, Milchpreis) gerechnet werden, denen allerdings saisonmäßige Verbilligungen entgegenwirken werden.

Die *reagiblen Preise* entwickelten sich verschieden. Die „schwarzen“ Preise für Buntmetalle zogen weiter an, während die freien Preise für Gold und Pretiosen — nach den Übersteigerungen der vergangenen Hausse in der Welt und auf dem Inlandsmarkt — wieder etwas zurückgingen. Der Goldpreis (14 Karat) fiel um 8,1%, der Silberpreis um 10,3% und die Preise für Diamanten um durchschnittlich 7,5%. Da auch Perserteppiche — wohl teilweise saisonbedingt — niedriger bewertet wurden, sank der Index der *Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum* um 3,6% (von 5,6 auf 5,4; März 1938 = 1). Auch die „schwarzen“ *Devisenkurse* gingen von Ende Jänner auf Ende Februar etwas zurück (um 2,1%).

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 150

Obwohl sich die Versorgung mit Fett seit Anfang des Jahres dank verstärkter Einfuhr und Rückgang der Nachfrage beachtlich gebessert hat, wird die am 1. Jänner wieder eingeführte Bewirtschaftung einzelner Fettarten entgegen den Forderungen des Handels auch für April beibehalten. Die Preise verschiedener Fettarten (Margarine, Kunstspeisefett, Importschmalz) werden nämlich weiterhin subventioniert; daraus ergibt sich, daß die verbilligten Fette auch gleichmäßig verteilt werden müssen. Außerdem soll verhindert werden, daß die verbilligte Ware wegen der stark verzerrten Preisrelationen zwischen Industrie- und subventionierten Speisefetten¹⁾ für industrielle Zwecke verwendet wird. Schließlich entspricht die weitere Rationierung des Verbrauchs einer vorausschauenden Versorgungspolitik, da man die zukünftige Entwicklung der Importe nicht genau abschätzen kann.

In der 78. Zuteilungsperiode (26. März bis 22. April 1951) werden je Verbraucher 150 g Kunstspeisefett, 150 g Margarine und 300 g Schmalz verbilligt abgegeben, wofür 1.820 t Schmalz aus kommerziellen Importen²⁾ und — in Reinfett gerechnet — 1.490 t Kunstspeisefett und Margarine (davon 500 t aus ERP-Lieferungen und 990 t aus kommerziellen Importen) bereitgestellt wurden. Der übrige Fettbedarf (fast 3.000 t bei einem auf 6.231 t geschätzten Gesamtbedarf) soll aus der Marktproduktion der heimischen Landwirtschaft an Butter, Schmalz, Speck und Filz sowie aus freien, nicht subventionierten Importfetten (insbesondere Schmalz von Importschweinen und Öl) gedeckt werden. In letzter Zeit ist somit die Fettversorgung in zunehmendem Maße auf kommerzielle Importe und Eigenaufbringung angewiesen, während sich die Bedeutung der ERP-Lieferungen stark vermindert. Wurden im Jahre 1950 durchschnittlich 60% des Fettbedarfs durch ERP-Lieferungen gedeckt, so sank dieser Anteil bei einem annähernd gleichen Bedarf im März 1951 (77. Zuteilungsperiode) auf 14% und im April (78. Zuteilungsperiode)

¹⁾ So beläuft sich der Fabrikseinstandspreis für technischen Talg oder Kokosöl (Rohstoffe der Seifenerzeugung) derzeit durchschnittlich auf 14 S je kg. Demgegenüber beträgt der amtliche Großhandelsabgabepreis für Kunstspeisefett S 6'82, für Margarine S 7'40 und für Schmalz S 12 je kg. (Im ersten Fall handelt es sich um Rohstoffe und Fabrikseinstandspreise, im zweiten um Fertigwaren und Kleinhandelseinstandspreise!) Diese Diskrepanz beruht einmal darauf, daß technische Fette bisher meist in Kompensation eingeführt und daher teilweise mit einem beträchtlichen Agio bezahlt werden mußten (die tatsächlichen Rohstoffpreise für die Speisefetterzeugung betragen derzeit im Durchschnitt etwa 11 S je kg), zum anderen, daß die Rohstoffe für die Speisefetterzeugung bis zu 80% des tatsächlichen Preises gestützt werden.

²⁾ In dieser Periode wird Schmalz aus verschiedenen Importen (aus Dänemark, USA und Argentinien) ausgegeben. An Stützungsbeträgen werden hierfür etwa 1'8 Mill. S erforderlich sein, gegenüber nahezu 6 Mill. S in der Vorperiode.

auf 8%. Der Beitrag der kommerziellen Importe stieg dagegen von 21% (ϕ 1950) auf 39% (März) und 45% (April). Die Marktproduktion der Landwirtschaft (einschließlich der freien, nicht verbilligten Importfette) müßte derzeit 47% des Fettbedarfs decken, während im Vorjahr ein Beitrag von nur 19% vorgesehen war.

Deckung des Fettbedarfes nach der Herkunft der Lieferungen¹⁾

Zuteilungsperiode	Bedarf ²⁾	davon gedeckt durch				Inlandsproduktion ³⁾	
		ERP	kommerz. Einfuhr			t	%
	t	t	%	t	%	t	%
1950							
(ϕ 62. bis 74. Zp.)....	6.208	3.704	59'7	1.304	21'0	1.200	19'3
1951							
75. (1. 1.—28. 1.)....	6.231	1.800	28'9	1.500	24'1	2.931	47'0
76. (29. 1.—25. 2.)....	6.231	3.249	52'1	65	1'1	2.917	46'8
77. (26. 2.—25. 3.)....	6.231	881	14'1	2.429	39'0	2.921	46'9
78. (26. 3.—22. 4.)....	6.231	500	8'0	2.810	45'1	2.921	46'9

¹⁾ Nach den Versorgungsplänen des Bundesministeriums für Inneres, Sektion Volksernährung. — ²⁾ Nur Bedarf der Nichtselbstversorger. Bis zur 70. Zuteilungsperiode auf Grund der festgesetzten Rationen, nachher in der Höhe des letzten rationierten Verbrauchs angenommen. — ³⁾ Bis zur 70. Zuteilungsperiode Ablieferungskontingente, nachher Differenz zwischen Bedarf und Freigaben von Fett aus ERP und kommerziellen Importen. Seit der 75. Zuteilungsperiode einschließlich der freien, nicht subventionierten Importfette.

Die Nachfrage nach den freien Fettarten (Butter, Hausschmalz, Speck, Filz, Öl) ist daher ziemlich groß. Da die Marktproduktion von Butter seit Oktober durchschnittlich 1.150 t (d. s. 920 t Reinfett) im Monat (gegenüber 1.350 t im Durchschnitt 1950) beträgt, und der größte Teil der importierten Butter seit Jänner aus Mangel an erforderlichen Stützungsbeträgen zu einem nichtverbilligten Preis an Fremdenverkehrsbetriebe abgegeben wird³⁾, konnte die Nachfrage nur teilweise befriedigt werden. Es entstand wieder ein schwarzer Buttermarkt, auf dem Preise von 32 bis 36 S je kg (145 bis 164% des offiziellen Preises) gezahlt wurden. Vereinzelt (insbesondere von den Konsumgenossenschaften) wurde daher verlangt, Butter solle, solange sie knapp ist, wieder rationiert werden; daran wird jedoch zunächst nicht gedacht.

Da von dem geschätzten Bedarf an nichtrationierten Fetten derzeit weniger als ein Drittel durch Butter gedeckt werden kann, müßten monatlich an Schmalz (bzw. die entsprechende Menge Speck und Filz) aus Schlachtungen in- und ausländischer Schweine und an Speiseöl insgesamt etwa 2.000 t zur Verfügung gestellt werden. Demgegenüber wurde die Schmalzausbeute aus gewerblichen Schlachtungen in Fachkreisen für das 1. Halbjahr 1951 auf 3.000 t (oder 500 t monatlich) geschätzt. Diese Zahlen sind offenbar etwas zu niedrig angenommen. Tatsächlich kann man derzeit mit einem Schmalzanfall aus Schlachtungen von etwa 1.000 t monatlich rechnen, wobei schon berücksichtigt ist, daß relativ wenig Fettschweine geliefert wer-

³⁾ Bekanntlich mußte im vergangenen Jahr importierte Butter, da sie teurer als die inländische war, mit 6 bis 8 S je kg subventioniert werden. Laut Mitteilung des Innenministeriums, Sektion Volksernährung, an den Milchwirtschaftsfonds wird nunmehr Importbutter an Fremdenverkehrsbetriebe zu einem einheitlichen nichtsubventionierten Preis (Großhandelsabgabepreis von S 31'60 je kg) abgegeben. Wenn sich dabei auf Grund der Importkalkulation ein Mehrerlös ergibt, wird er abgeschöpft und zur Stützung jener Buttermengen verwendet, die verbilligt in den Konsum gelangen.

den¹⁾. Obwohl beim Handel vermutlich gewisse Vorräte an inländischem Schmalz aus dem Vorjahr liegen und außerdem der Markt ständig mit — allerdings geringen Mengen — importiertem genußfertigem oder aus nicht subventionierten Rohstoffen erzeugtem Speiseöl beliefert wird, dürfte das Gesamtangebot an freien Fetten den auf Grund der letzten Rationen ermittelten Bedarf wohl etwas unterschreiten. Vor allem deshalb haben die freien Fettpreise seit Ende des vergangenen Jahres allgemein angezogen. Inländisches Schmalz verteuerte sich von Ende Dezember 1950 bis Mitte März 1951 von 15 bis 16 S auf 16 bis 18 S je kg (um durchschnittlich 10%), Filz von 16 S auf 17 S je kg (um 6%). Die Preise für feines Speiseöl (insbesondere Olivenöl) sind noch stärker gestiegen (etwa um 35%). Da ein Großteil der Konsumenten über Vorräte an Schmalz und Margarine aus dem Vorjahr verfügt, die langsam verzehrt werden, ist die Fettversorgung derzeit noch ausreichend.

Die Belieferung der Wiener Märkte mit *Fleisch* nahm im Februar abermals um etwa 2% (im Wochendurchschnitt) ab, vor allem weil die ausländischen Schweinelieferungen um weitere 42% sanken und nur die Hälfte der Importe von Februar 1950 erreichten (im Wochendurchschnitt 1.256 gegenüber 2.520 Stück). Der Rückgang der Importe ist einerseits aus der verminderten Lieferfähigkeit der Oststaaten zu erklären, andererseits daraus, daß infolge der steigenden Importpreise, die vereinzelt schon über den Inlandspreisen liegen, die Einfuhr unrentabel geworden ist. Das Viehverkehrsgesetz sieht einen Preisausgleich nur für den Fall vor, daß die Importpreise unter dem inländischen Preisniveau liegen. Der Viehhandel trug sich daher mit dem Gedanken, daß auch höhere Importpreise aus Mitteln des Viehverkehrsfonds den inländischen Preisen angeglichen werden sollen. Dies dürfte jedoch kaum erfüllt werden, da es den Marktregelungsabsichten und der Preispolitik der Landwirtschaft zuwiderläuft.

Trotz Rückgang des Angebots sind die Verbraucherpreise für Fleisch von Ende Jänner bis Mitte März nahezu unverändert geblieben und haben die als Stoppreise geltenden Notierungen der dritten Septemberwoche 1950 im Durchschnitt nicht überschritten. Von den Fleischhauern wurde jedoch in letzter Zeit eine Änderung der Stoppreise mit der Begründung durchgesetzt, daß die bisherigen Notierungen die Qualitätsunterschiede nicht entsprechend

berücksichtigt haben und außerdem seither eine Reihe von Tarifen und Preisen behördlich erhöht wurden (Schlachthof- und Beschauggebühren, Mindestfrachttarife der Bundesbahn, Strom- und Kohlenpreise, Preise für Gewerbesalz). Bei den Viehpreisen wurde zudem der Preisstop nicht genau eingehalten, und vor allem die unteren Güteklassen haben sich (insbesondere bei Rindern) ständig verteuert. Die neu verlautbarten Stoppreise (Höchstpreise) wurden daher stärker nach Qualitäten differenziert. Es ist jedoch anzunehmen, daß dabei im ganzen eine leichte Preiserhöhung eingetreten ist.

Im Februar wurden durchschnittlich 11.000 q *Obst*, 9.000 q *Gemüse* und 5.000 q *Kartoffeln* je Woche auf die Wiener Märkte geliefert und damit die Zufuhren des Vormonates durchwegs saisonbedingt übertroffen. Aber auch die Anlieferungen vom Februar 1950 wurden — abgesehen von Kartoffeln — überschritten. Die bessere Versorgung war vor allem den stark erhöhten Inlandsanlieferungen zuzuschreiben, während die Einfuhren von Obst sanken und die von Gemüse nur geringfügig höher als im Vorjahr waren. Die relative Knappheit an ausländischem Obst und Gemüse führte Anfang März wieder zu Kopplungsverkäufen des Großhandels, wodurch neben der Importware auch verschiedene inländische Gemüsearten trotz ausreichendem Angebot verteuert wurden²⁾. Die Preise für Obst und Gemüse zogen von Ende Jänner bis Mitte März fast durchwegs beträchtlich an und waren meist höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres (bei Spinat und Zitronen sogar um 100%, bei Orangen um 50%).

Anlieferungen von Obst, Gemüse und Kartoffeln nach Wien¹⁾

	1937	1947	1948	1949	1950	1950 in % von 1937
	1.000 q					
Obst ²⁾ insgesamt.....	896'0	97'4	413'5	510'7	522'1	58'3
davon Inland.....	357'4	71'6	275'1	324'6	402'9	112'7
Ausland.....	538'6	25'8	138'4	186'1	119'2	22'1
Gemüse ³⁾ insgesamt....	1.426'1	426'7	594'4	617'0	630'3	44'2
davon Inland.....	1.185'2	374'5	452'2	475'3	522'1	44'1
Ausland.....	240'9	52'2	142'2	141'7	108'2	44'9
Kartoffeln insgesamt....	591'3	1.074'9	1.458'9	671'6	497'3	84'1
davon Inland.....	411'3	1.052'4	1.164'5	547'3	464'4	112'9
Ausland.....	180'0	22'5	294'4	124'3	32'9	18'3

¹⁾ Nach den Jahresausweisen des Marktamtes der Stadt Wien. — ²⁾ Einschließlich Agrumen. — ³⁾ Einschließlich Pilze, Zwiebeln und Knoblauch.

¹⁾ Nach dem Long-Term-Programm der österreichischen Landwirtschaft läßt sich für 1951/52 bei einem Schweinebestand, der nur geringfügig unter dem von Dezember 1950 liegt, eine Marktleistung von etwa 8.500 t (oder 700 t monatlich) errechnen. Da derzeit die Schweineinfuhren selbst auf dem Wiener Markt nur etwa halb so hoch wie der Auftrieb aus dem Inland sind, dürfte der Schmalzanfall aus diesen Schlachtungen insgesamt kaum stärker ins Gewicht fallen.

²⁾ Die Kleinhändler wurden zum Teil gezwungen, beim Bezug von stark nachgefragtem ausländischem Obst und Gemüse (insbesondere Salat, Orangen, Zitronen) auch eine bestimmte Menge schwer absetzbarer Inlandware zu kaufen. Der Preis dieser Ware muß, wenn der Händler seinen Schaden vermindern will, zum Teil anderen gängigen Obst- und Gemüsearten zugeschlagen werden.

Die Belieferung des Wiener Marktes mit ausländischem Obst und Gemüse wurde schon im Jahre 1950 eingeschränkt. Während die Zufuhren aus dem Auslande seit 1947 rasch anstiegen und im Jahre 1949 schon 59% (Gemüse) und 35% (Obst) von 1937 erreichten, nahmen sie im Jahre 1950 bei Obst um 36% und bei Gemüse um 24% ab. Die Kartoffeleinfuhren, die entsprechend der Verbrauchsentwicklung ihren Höhepunkt schon im Jahre 1948 erreichten, wurden im Jahre 1950 weiter um 74% eingeschränkt und betragen nur 18% von 1937. Da jedoch die Inlandsaufbringung noch immer um 13% höher als im Jahre 1937 war, sanken die Gesamtanlieferungen nur auf 84%, oder, bezogen auf den Kopf der Bevölkerung, auf 90% des Vorkriegsstandes. An Obst dagegen wurden im Jahre 1950, obwohl die inländischen Zufuhren den Vorkriegsstand um 13% überschritten, insgesamt erst 58% von 1937 auf den Wiener Markt geliefert. Die Versorgung der Märkte mit Gemüse blieb auf einem noch niedrigeren Niveau (44%), da auch die Inlandslieferungen noch sehr unzulänglich waren.

Der Gesamtverbrauch der Wiener Bevölkerung, insbesondere von Obst und Gemüse, dürfte trotz allem schon einen höheren Stand erreichen. Einerseits sind die Außermarktbezüge des Handels und der Konsumenten (Käufe direkt bei Produzenten und fahrenden Händlern) wegen der meist sehr beträchtlichen Preisunterschiede höher als vor dem Kriege, andererseits hat auch die Versorgung aus Schrebergärten seit der Kriegszeit zugenommen. Da die Bevölkerung Wiens noch immer um 6% geringer als im Jahre 1937 ist, ist der Verbrauch je Kopf entsprechend höher. Zweifellos haben sich jedoch zufolge Verminderung der Auslandslieferungen Struktur und Qualität des Obst-, Gemüse- und Kartoffelverbrauchs in Wien verändert. Die Konsumenten werden derzeit weniger mit Frühgemüse, -kartoffeln und Agrumen versorgt und müssen sich mehr als vor dem Kriege dem inländischen Angebot anpassen.

Bemerkenswert ist, daß die gesamtösterreichische Belieferung mit Obst, Gemüse und Kartoffeln aus dem Ausland viel besser als die Wiens ist. So betrug der Einfuhrüberschuß von Obst und Südfrüchten im Jahre 1950 34.317 t gegenüber 104.000 t im Jahre 1937 (d. s. 33,1%), während er bei Gemüse und Kartoffeln nur von 51.000 t auf 41.273 t (um 19,1%) sank. Offensichtlich hat sich gegenüber der Vorkriegszeit die Verteilung der Importe auf die Bundesländer sehr gewandelt, wobei der Anteil Wiens zugunsten der übrigen Versorgungsgebiete stark vermindert wurde. Derzeit werden Wien 52% der Importe zu-

geteilt, obwohl die Bedarfsquote sicherlich höher ist¹⁾. Diese Verlagerung der Importe entspricht weitgehend den Interessen der Landwirtschaft, da dadurch das Angebot auf dem Wiener Markt, dem Hauptabsatzgebiet der Produzenten, knapp und die Preise hoch gehalten werden können. Vielfach kommt es vor, daß Auslandslieferungen aus den Bundesländern unter Hinzurechnung der verschiedenen Spannen zu einem viel höheren Preis wieder nach Wien geliefert werden.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 150

Die *Wintersaaten, Kleefelder* und *Wiesen* stehen heuer überall gut. Im Gegensatz zu den Wintermonaten war es im März verhältnismäßig kühl, so daß die Vegetation zurückgehalten und vor stärkeren Frostschäden verschont blieb. Nur bei den Marillenbäumen erforderte stellenweise ein Teil der frühzeitig entwickelten Blütenknospen, trotzdem ist aber der Blütenansatz noch zufriedenstellend. Besonders reich blühen die Birnbäume.

Im östlichen Flach- und Hügelland konnte der *Frühjahrsanbau* von Getreide bereits abgeschlossen werden. Gerste wurde fast überall bedeutend mehr als im Vorjahre angebaut, ebenso Hafer. Für Zuckerrüben wurde eine Fläche von 35.000 ha²⁾ kontrahiert, um 25% mehr als im Jahre 1950. Da man die Löhne für Saisonarbeiter erhöhte und die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte³⁾, zumindest aber die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter, in die Arbeitslosenversicherung einbeziehen will, glaubt man genügend Landarbeiter zu bekommen, um die größere Hackfruchtfläche bearbeiten und ernten zu können.

Entgegen den Erwartungen haben sich manche *Düngemittel*, besonders Superphosphat und Kalisalz, verknappt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß ein Teil der vorgesehenen Importe aus West- und Ostdeutschland, Frankreich und Belgien eingeschränkt oder nur zögernd ausgeliefert wurde, gleichzeitig aber die Inlandsnachfrage infolge des erweiterten Zuckerrübenbaus sowie in Erwartung höherer Preise sich stark erhöhte. Da die nicht unbedeutenden Vorräte bereits verbraucht wurden, werden die knappen

¹⁾ In den Bundesländern ist bei Obst, Gemüse und Kartoffeln praktisch nur die städtische Bevölkerung auf den Marktbezug angewiesen, während sich die ländliche Bevölkerung meist selbst oder direkt vom Produzenten versorgt.

²⁾ Vorläufiges Ergebnis.

³⁾ Gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung bestehen teilweise in der Landwirtschaft selbst Widerstände, da man befürchtet, daß die Arbeitskräfte dadurch noch stärker in die Intensivgebiete abgezogen werden als bisher.

Handelsdünger seit kurzem wieder bevorzugt in die dringendsten Bedarfsgebiete (Nieder- und Oberösterreich, Burgenland) gelenkt. Mischkalk und Kalksteinmehl wurden im März um 21 und 23 % teurer, nachdem die Preise schon im Dezember 1950 um 32 und 22 % hinaufgesetzt wurden. Da sich die Kalkdüngung bedeutend teurer als die übrige Mineraldüngung stellt¹⁾, wird sie vielfach, sehr zum Nachteil der Düngungsproduktivität, unterlassen. (Die rationelle Steigerung der Pflanzenerträge setzt eine harmonische Anwendung aller notwendigen Düngemittel voraus, die nur bei einem ausgeglichenen Verhältnis zwischen den Düngemittelpreisen zu erreichen ist.) Es ist dies ein Beispiel dafür, daß Preisstützungen nicht nur das Preisgefüge der landwirtschaftlichen Produkte stark verzerrt haben, sondern auch das der Produktionsmittel.

Da die Preise von *Inlandshafers* (+ 5 %) und *Mais* (+ 8 %) auch im März anzogen — sie erreichten 728 und 905 % von 1937 —, hat sich die Diskrepanz zu den auf dem Stand von 423 und 375 % von 1937 fixierten Roggen- und Weizenpreisen noch vergrößert. Wenn dennoch aus der letzten Ernte 201.930 t *Brotgetreide*²⁾ (88.512 t Roggen, 113.418 t Weizen) auf den Markt kamen, so ist das darauf zurückzuführen, daß der Bezug von verbilligtem ERP-Mais mit der Ablieferung von Konsumgetreide gekoppelt wurde. Dieses Verfahren kann allerdings nur solange angewendet werden, als genügende Mengen verbilligter Kompensationswaren zur Verfügung stehen; mit der Abnahme der ERP-Hilfe schwindet diese Möglichkeit.

Auf dem *Holzmarkt* zogen die Preise infolge überaus lebhafter Exportnachfrage weiter stark an. Weder Rund- noch Schnittholz ist zu den vom Bundesholzwirtschaftsrat und der Warenbörse veröffentlichten „Richtpreisen“ erhältlich. Die effektiven Preise liegen vielmehr beträchtlich darüber und sind gegenwärtig um 70 bis 100 % höher als vor Ausbruch des Koreakonflikts. Wenn sie weiter ansteigen und so die Deckung des Inlandsbedarfes von Nutz- und Brennholz zu Preisen, die den angespannten österreichi-

¹⁾ Wie wenig die Agrarpreispolitik die ökonomischen Gesetze beachtet, zeigt sich darin, daß Kalisalz und Superphosphat, die sehr knapp sind, nur 180% und 246% von 1937 kosten, die reichlich angebotenen Kalkdünger dagegen 518 und 699%. Zwar führt das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eine *Kalkaktion* durch, in deren Rahmen Düngekalk um 50% verbilligt wird, doch waren die bisher abgegebenen Mengen (30.000 t) gegenüber dem Bedarf (300.000 bis 500.000 t) viel zu gering. Im Jahre 1951 soll die Aktion erweitert (Niederösterreich und Burgenland waren bisher ausgeschlossen) und auch auf bestimmte Waldböden ausgedehnt werden.

²⁾ Stand vom 28. Februar.

schen Kaufkraftverhältnissen entsprechen, unmöglich machen sollten, werden Exportzölle oder die staatliche Bewirtschaftung samt Preiskontrolle unvermeidlich sein.

Daß die private Holzmarktregelung³⁾, die die Rundholzpreise drücken und die Inlandspreise bedeutend unter den Weltmarktpreisen halten sollte, bisher versagte, war hauptsächlich auf die ungenügende Nachfrage der Exporteure nach Kontrollscheinen zurückzuführen. Um sie zu steigern, wurde die Frist zur Vorlage der Kontrollscheine bei Ausführanträgen nunmehr verkürzt: während sie bisher drei Monate betrug, müssen ab 16. März 50 % der notwendigen Scheine schon bei Übergabe der Exportlizenz, der Rest binnen drei Monaten, längstens jedoch bis zum Verfallstermin der Ausfuhrbewilligung vorgelegt werden. Allein von der Selbstdisziplin des Exporthandels wird es abhängen, ob der Holzmarkt auf Grund freiwillig übernommener Exportabgaben zugunsten bestimmter Inlandsverbraucher gelenkt werden kann oder nicht.

Der *Export von Holz* war im Jänner und Februar 1951 infolge außerordentlich starker Auslandsnachfrage und hoher Auslandspreise um 76 % größer als im Jänner und Februar 1950 und auch höher als im Monatsdurchschnitt 1950. Allerdings lag nur die Ausfuhr von Schnittholz und Faserplatten beträchtlich höher, während die von Holzhäusern sowie Kisten und Obststeigen zurückging.

Ausfuhr von Holz und Holzwaren¹⁾

Zeit	Nadel-schnitt-holz	Holz-häuser ²⁾	Kisten- u. Obst-steigen	Laub-schnitt-holz	Gruben-holz	Hart-platten ³⁾	Isolier-platten ³⁾
	in Waggons zu 10 t						
Ø 1937	6.040	.	28	42	444	.	.
Ø 1947	664	30	16	1	223	—	3
Ø 1948	1.910	110	129	1	312	5	23
Ø 1949	5.047	102	200	37	393	5	42
Ø 1950	9.672	138	138	120	513	11	44
1949 I.	3.275	114	133	11	362	3	103
II.	3.874	30	159	26	254	23	72
1950 I.	6.157	246	266	23	448	—	34
II.	6.458	133	171	106	353	—	32
1951 I.	11.948	24	94	104	356	24	81
II.	11.798	43	149	263	339	3	82

¹⁾ Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates. — ²⁾ Holzhäuser und andere Bauobjekte. — ³⁾ Holzfaserbau- und Isolierplatten.

Trotz hohen Holzeinschlägen und enormen Holzpreissteigerungen auf den Weltmärkten ist die Holzexport Österreichs noch nicht größer als vor dem Krieg. Im Jahre 1950 betrug sie nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes sogar erst 78 % von 1937 (13'32 gegen 17'07 Mill. q) bzw. 62 % von 1929 (21'38 Mill. q). Auf Rohholz um-

³⁾ Siehe Nr. 2 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 66 f.

gerechnet entsprach die Ausfuhr im Jahre 1950 etwa 3'6 Mill. Festmetern oder 95% von 1937 (3'8 Mill. Festmeter).

*Holzausfuhr in den Jahren 1947 bis 1950
im Vergleich zur Vorkriegszeit¹⁾*

Art	1929	1937	1947 in 1.000 q	1948	1949	1950
Holz.....	21.183'0	16.986'8	1.095'2	2.735'3	6.944'9	12.952'7
Möbel aus Holz ..	9'7	1'8	0'0	0'0	0'0	0'3
Anderer Holzwaren	183'5	83'6	61'0	297'6	399'3	364'2
Insgesamt ...	21.376'2	17.072'2	1.156'2	3.032'9	7.344'2	13.317'2
1929=100	100'0	79'9	5'4	14'2	34'4	62'3
1937=100	125'2	100'0	6'8	17'8	43'0	78'0

¹⁾ Nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes.

Da mehr Holz in verarbeitetem Zustande ausgeführt wurde als vor dem Krieg — z. B. Nadel-schnittholz (einschließlich Holzhäuser, Kisten und Obststeigen) 2'29 gegen 1'45 Mill. m³, sowie 2'32 Mill. m² Faserplatten (1937 keine Ausfuhr) — war der Anteil des Exporterlöses von Holz, Möbeln aus Holz und von anderen Holzwaren am Gesamtexporterlös mit 16% höher als in den Jahren 1929 und 1937 (12%). Einschließlich Papierzeug, Pappen, Papier und Papierwaren betrug der anteilmäßige Exporterlös zuletzt sogar 28% gegen nur 20% im Jahre 1929 und 23% im Jahre 1937.

*Wertmäßiger Anteil von Holz und Holzwaren
an der Gesamtausfuhr¹⁾*

Art	1929	1937	1947 in Mill. S	1948	1949	1950
Gesamtausfuhr.....	2.188'5	1.216'9	842'4	1.983'7	3.229'1	6.512'6
davon:						
Holz.....	238'4	131'1	42'8	182'1	489'5	981'3
Möbel aus Holz	5'7	0'8	0'0	0'0	0'0	0'6
Anderer Holzwaren ..	21'9	7'9	10'0	51'4	63'1	82'7
Summe ...	266'0	139'8	52'8	233'5	552'6	1.064'6
% ...	12'2	11'5	6'3	11'8	17'1	16'3

¹⁾ Nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes.

Der Holzeinschlag in Österreich

Nach den Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft betrug der *Holzeinschlag* in den ersten drei Quartalen des Forstwirtschaftsjahres 1950 (1. April bis 31. Dezember) 7'22 Mill. fm oder 96% von 1949. Für den Verkauf wurden 5'35 Mill. fm (4'61 Mill. fm Nutzholz und 0'74 Mill. fm Brennholz), für den Eigenbedarf 1'87 Mill. fm (0'52 und 1'35 Mill. fm) geschlägert. Während man gleichviel Nutzholz wie im Vorjahre ausformte, wurde um 0'27 Mill. fm oder um 12% weniger Brennholz erzeugt. Damit ging dessen Anteil an der Gesamtnutzung von 32 auf 29% zurück. Eine weitere Einschränkung des Brennholzverbrauches setzt eine ausreichende Kohlenversorgung voraus.

Nach der Statistik schwankte der Holzanfall in den letzten vier Jahren nur wenig (zwischen 8'24 und 9'42 Mill. fm). In dem Maße wie sich der Anfall von Nutzholz erhöhte — er stieg von 54% (1947) auf 69% (1950) des Einschlages —, ging jener von Brennholz zurück. Das Steigen des Nutzholzanteiles trifft allerdings nur für den kommerziellen Einschlag zu. In der Wald- und Landwirtschaft selbst wird nach wie vor relativ viel Brennholz verbraucht.

Holzeinschlag nach Kalenderjahren¹⁾

Art	1947 ²⁾	1948	1949	1950	1950 in % v. 1947
	1.000 Festmeter ohne Rinde				
Nutzholz	4.915'1	5.069'2	6.026'5	6.186'5	125'9
Brennholz	4.219'0	3.167'5	3.397'7	2.770'9	65'7
Insgesamt ...	9.134'1	8.236'7	9.424'2	8.957'4	98'1

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft. —

²⁾ Die Sortimentsangaben für das Kalenderjahr 1947 stellen nur Annäherungswerte dar, der Nutzholz- und Brennholzanteil mußte teilweise geschätzt werden (Pako-Aktion, Nutzholzumlage B).

*Kommerzieller und sonstiger Holzeinschlag¹⁾
(Nach Kalenderjahren)*

Art	1948	Holzeinschlag für den Verkauf			Eigenbedarf	
		1949	1950	1948	1949	1950
1.000 Festmeter ohne Rinde						
Nutzholz	4.410'7	5.241'2	5.507'8	658'5	785'4	678'8
Brennholz	1.386'8	1.053'2	955'7	1.780'7	2.344'4	1.815'2
Insges. ...	5.797'5	6.294'4	6.463'5	2.439'2	3.129'8	2.494'0

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

Auf Grund der amtlichen Angaben ist in den letzten Jahren nur wenig mehr Holz genutzt worden, als dem (angenommenen) nachhaltigen Zuwachs (8'25 Mill. fm) entspricht. Maßgebende Fachleute¹⁾ behaupten allerdings, daß die Holzentnahmen zuletzt nicht 9, sondern 12 Mill. fm und mehr pro Jahr betragen hätten. Vor allem sei der Einschlag für den Eigenbedarf zu niedrig ausgewiesen worden; aber auch der Verschnitt von Rundholz sowie der effektive Verbrauch von Schleif- und Grubenholz sei in den letzten Jahren größer gewesen als die Holzgewinnung laut Holzernstatistik. Ein eindeutiger Nachweis für diese Behauptung läßt sich nicht erbringen. Immerhin sprechen verschiedene Anzeichen dafür, daß zumindest der Eigenverbrauch der Land- und Forstwirtschaft offiziell zu niedrig ausgewiesen wird.

Eine im Jahre 1944 in allen Bundesländern (ausgenommen Salzburg) in 1.325 bäuerlichen Gehöften mit Waldbesitz durchgeführte Erhebung über den

¹⁾ Min.-Rat Dr. Rendl schätzt, daß im Jahre 1950 über 12 Mill. fm geschlägert wurden, Forstdirektor Dipl.-Ing. Bedus nimmt 12 Mill. fm an. Dr. Vorreiter meint, Österreich werde schon in 15 bis 20 Jahren Holz importieren müssen.

Holzverbrauch läßt darauf schließen, daß die bäuerlichen Betriebe Österreichs, soweit sie Waldland selbst besitzen, damals jährlich insgesamt 3'25 Mill. *fm* Derbholz (1'8 Mill. *fm* Brennholz, 0'75 Mill. *fm* Nutzholz, 0'40 Mill. *fm* Zaunholz und 0'30 Mill. *fm* sonstiges Holz) verbrauchten, nicht eingerechnet das an Wiesenrainen, Grenzlinien und in Obstgärten gewonnene Holz. Da jährlich außerdem noch rund 0'50 Mill. *fm* Servitutsholz abgegeben wurden und auch die reinen Forstbetriebe noch Holz verbrauchen, wird der Eigenverbrauch der Waldbesitzer und Servitutsberechtigten an Derbholz für das Jahr 1944 auf über 4 Mill. *fm* geschätzt. Die offizielle Holzeinschlagsstatistik dagegen schätzte den Einschlag für den Eigenbedarf im Durchschnitt der Jahre 1948 bis 1950 auf bloß 2'69 Mill. *fm*.

Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der Eigenverbrauch der Land- und Forstwirtschaft in den letzten Jahren so stark zurückgegangen ist. Wohl mag sich dank günstigerer Kohlenversorgung und zunehmender Verwendung von Sparherden der Brennholzverbrauch und infolge der hohen Holzpreise in der letzten Zeit auch der Nutzholzverbrauch der bäuerlichen Betriebe etwas verringert haben. Die Einsparung an Holz kann jedoch nicht sehr bedeutend gewesen sein, weil Kohle von den Waldbesitzern im allgemeinen nur selten zugekauft wird und Elektroherde trotz fortschreitender Elektrifizierung auf dem Lande noch fast unbekannt sind. Es muß daher angenommen werden, daß man in den Bauernwäldern für den Eigenbedarf eine Menge geschlägert hat, die um ein Viertel bis ein Drittel größer ist als die statistisch erfaßte.

Die Zuverlässigkeit der Angaben über den kommerziellen Einschlag läßt sich nicht einwandfrei prüfen. Wohl besteht zwischen dem statistisch erhobenen Einschlag und Verschnitt von Nadel-Rundholz sowie dem Einschlag und Ankauf von Schleifholz in den Jahren 1948 bis 1950 eine größere Differenz. Im Jahre 1949 wurden laut Statistik 4'38 Mill. *fm* Nadel-Stammholz einschließlich Derbstangen und Schwellenholz sowie Nutzholz für den Eigenbedarf der Waldbesitzer und Servitutsberechtigten geschlägert, im Jahre 1950 aber 5'16 Mill. *fm* Rundholz¹⁾ verschnitten; ebenso kaufte die Papierindustrie in den Jahren 1949 und 1950 mehr Schleifholz aus dem Inland an, als nach den Angaben der Statistik jeweils ein Jahr vorher erzeugt wurde (1'72 und 1'71 gegen 1'08 und 1'10 Mill. *fm*).

¹⁾ Da dieser Verschnitt von Sägebetrieben selbst gemeldet wurde, dürften die Angaben kaum zu hoch sein.

Verschnitt von Säge-Rundholz und Ankauf von Schleifholz¹⁾

Art	1937	1948	1949	1950	1950	
	1.000 Festmeter ohne Rinde				in % von	
					1949	1937
Verschnitt v. Säge-Rundholz	3.135'9 ²⁾	2.504'9	4.405'4	5.157'1	117'1	164'5
Ankauf v. Schleifholz aus dem Inland	1.892'0 ³⁾	1.096'0	1.724'4	1.714'2	99'4	90'6

²⁾ Nach Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates und des Papierverbandes. —
³⁾ Aus der Forststatistik 1935. — ⁴⁾ Schleifholzverbrauch.

Aus diesen Differenzen lassen sich jedoch nur sehr bedingt Schlüsse auf die Verlässlichkeit der Statistik ziehen, da zwischen Holzfällung und industrieller Holzverarbeitung unter den in Mitteleuropa üblichen Arbeits- und Bringungsmethoden meistens eine Zeitspanne von mehr als einem Jahr liegt. Vergleicht man dagegen Holzeinschlag und Holzverbrauch über einen größeren Zeitraum, so zeigt sich eine weitgehende Übereinstimmung. So betrug z. B. der Einschlag von Nadel-Stammholz (einschließlich Derbstangen, Schwellenholz und Nutzholz außerhalb der Umlage bzw. Nutzholz für den Eigenbedarf) im Jahresdurchschnitt 1946/50 rund 4 Mill. *fm*, der Verschnitt und (geringfügige) Export von Rundholz 3'31 Mill. *fm*. Von 1946 bis 1950 wurden außerdem im ganzen rund 5'40 Mill. *fm* Schleifholz eingeschlagen oder importiert, dagegen 4'84 Mill. *fm* von der Papierindustrie verarbeitet.

Daraus läßt sich schließen, daß die Diskrepanz zwischen statistisch nachgewiesenem Holzeinschlag und Holzverbrauch in den Jahren 1949 und 1950 weniger auf zu niedrige Angaben über den Holzeinschlag²⁾ als vielmehr auf den Verbrauch von Lager-vorräten zurückzuführen sein dürfte. Daß von Waldbesitz, Sägen und Holzhandel in den Jahren 1946 bis 1948 ziemlich viel Rundholz auf Lager gehalten wurde, erscheint angesichts der unsicheren Währungsverhältnisse und geringen Exportmöglichkeiten ebenso verständlich, wie der geringe Lagerbestand Ende 1950 als Folge der Exportkonjunktur. Daß Bringung und Transport des Holzes in zunehmendem Maße verkürzt wurden und die Sägen immer mehr „grünes“ Holz verschnitten und ausführten, geht auch aus dem zunehmend höheren Gewicht des exportierten Holzes hervor: Während 1 *m*³ Export-schnittholz im Jahre 1946 nur 493'6 *kg* wog, stieg das Gewicht in den folgenden Jahren auf 501'1, 501'8 und 512'7 *kg* und im Jahre 1950 auf 522'3 *kg*.

Wenn die vorstehend skizzierten Überlegungen richtig sind, dann muß sich der starke Verschnitt

²⁾ Eine geringe Differenz ergibt sich auf Grund der relativ großen Schleifholzvorräte der Papierindustrie (1 Mill. *fm*) sowie auf Grund gewisser Divergenzen zwischen Einschlag und Inlandsverbrauch sowie Export von Grubenholz.

von Säge-Rundholz und der hohe Export von Schnittholz aus Mangel an entsprechenden Vorräten schon im Jahre 1951 wiederum verringern; andernfalls wäre erwiesen, daß auch der kommerzielle Einschlag höher war, als angenommen wurde. Im ersten Fall würde sich der Fehlbetrag im wesentlichen auf den höheren Eigenverbrauch der Wald- und Landwirtschaft beschränken und größenordnungsmäßig mit 1 bis 1,5 Mill. *fm* jährlich zu veranschlagen sein. Der tatsächliche Einschlag würde in diesem Falle zuletzt etwa 10 bis 10,5 Mill. *fm* Derbholz betragen haben.

Die Einschlagsstatistik zeigt, daß man zur Zeit nicht allgemein, sondern meist nur in bestimmten Teilen, und zwar besonders in den Bauernwäldern überschlägert. So betrug der Einschlag im Staats- und Körperschaftswald sowie im Privatwald über 50 *ha* — bei einem geschätzten Zuwachs von mehr als 3 *fm* je *ha* und einem Anteil von zwei Dritteln an der Gesamtwaldfläche — 62% der Gesamtnutzung, im gesamten Privatwald unter 50 *ha* (Bauernwald) dagegen — trotz einem nur etwa halb so hohen Zuwachs — 38%. Tatsächlich aber war die Holzernte in den Bauernwäldern noch höher, da die Schlägerung für den Eigenbedarf, wie weiter oben ausgeführt, nicht voll erfaßt werden konnte¹⁾.

Obwohl man sich über die Höhe des „nachhaltigen“ Holztrages²⁾ der österreichischen Wälder mangels einer genauen Inventur nicht einig ist, besteht doch kein Zweifel, daß durch die hohen Holzentnahmen in den letzten Jahren bereits stark die Waldsubstanz angegriffen wurde. Um dem weiteren Rückgang der Produktivität des Waldlandes und der Gefahr der Verkarstung entgegenzuwirken, müssen alle Maßnahmen, die den Hiebsatz (Einsparung an Brenn- und Bauholz) senken, die Altholzreserven (Anlage von Seilbahnen und Bringungswegen) verwerten sowie eine Zuwachssteigerung (Aufforstung, Durchforstung) ermöglichen, besonders dringend durchgeführt werden. Durch den Einsatz entsprechend hoher Counterpartmittel³⁾, die Revision des österreichischen Forstgesetzes und die organisato-

¹⁾ Die Fehlerquellen der Einschlagsstatistik dürften weniger bei den nach Wirtschaftsplänen arbeitenden und einzeln meldenden größeren Forstbetrieben, als vielmehr in erster Linie bei den Angaben der Waldbesitzer unter 50 *ha* liegen, deren Holzeinschläge gemeindeweise zusammengefaßt an die Forstbehörden gemeldet werden.

²⁾ Bei „nachhaltiger“ Nutzung bleibt der Holzvorrat erhalten, d. h. Einschlag und Zuwachs halten sich die Waage.

³⁾ Im Jahre 1950 erhielt die Forstwirtschaft 69 Mill. S Darlehen zur Finanzierung von Erschließungs- und Wiederaufbauarbeiten. Im Jahre 1951 sollen 75 Mill. S Darlehen für Investitionen in der privaten Forstwirtschaft und 26 Mill. S für Investitionen bei den Bundesforsten gegeben werden.

rische Tätigkeit der kürzlich auf Anregung von FAO-Experten gebildeten „Forstkommission“ — einem Exekutivausschuß, dem die Durchführung der forst- und holzwirtschaftlichen Long-Term- und Investitionsprogramme obliegt — hofft man diesen Zielen in absehbarer Zeit näherzukommen.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 151—152

Der neue Kohlenlieferungsvertrag mit Polen hat die akuten Versorgungsschwierigkeiten etwas gemildert. Die vorgesehenen Kontingente (70.000 *t* pro Monat) sind zwar niedriger als die bisherigen Lieferungen, decken aber bei zweckmäßiger Lenkung den dringenden Bedarf. Außerdem wird im Frühjahr eine leichte Entspannung in der europäischen Kohlenwirtschaft erwartet, weil die Förderung saisongemäß steigt und der Verbrauch leicht zurückgeht:

Ernste Sorgen bereiten hingegen die starken Preissteigerungen. Polnische Kohle wurde im Durchschnitt um 100% und tschechische Kohle um 90% teurer. Die billigere westdeutsche Kohle ist nur beschränkt lieferbar. Neuerdings wird wieder daran gedacht, Mischpreise für Importkohle einzuführen. Dennoch wird die durchschnittliche Preissteigerung beachtlich sein und das gesamte österreichische Preisniveau nachhaltig beeinflussen.

Die *Kohleneinfuhr* war im Februar mit 429.128 *t* (Steinkohlenbasis) um 23% größer als im Jänner, aber noch immer niedriger als im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1950. Die Mehrlieferungen gegenüber Jänner kamen etwa zu gleichen Teilen aus Westdeutschland und Polen.

Die *Inlandsförderung* war mit 406.595 *t* Braun- und 16.381 *t* Steinkohle wegen der geringeren Zahl von Arbeitstagen etwas niedriger als im Jänner. Da aber die Einfuhrsteigerung größer war als der Förderrückgang im inländischen Bergbau, standen der österreichischen Wirtschaft im Februar 626.962 *t* Kohle (Steinkohlenbasis), um 12% mehr als im Jänner zur Verfügung.

Die *Stromversorgung* wurde durch die unerwartet günstige Wasserführung der Flüsse erleichtert. Die hydraulische Erzeugung stieg im Februar von 265 Mill. *kWh* auf 294 Mill. *kWh*, so daß die Erzeugung in den Dampfkraftwerken von 151 Mill. *kWh* auf 81 Mill. *kWh* eingeschränkt werden konnte. Der Verbrauch ging von 392 Mill. *kWh* auf 345 Mill. *kWh* zurück, war aber noch um fast 16% größer als im Februar 1950.

Da die Kohlenzufuhren (47.500 *t*) kleiner waren als der laufende Verbrauch der Dampfkraftwerke,

gingen ihre Vorräte bis Ende Februar um 11.500 t auf 176.000 t (Steinkohlenbasis) zurück. Auch die Heizölvorräte nahmen geringfügig ab. Die Kohlenlager sind jedoch noch immer überdurchschnittlich hoch, da in nächster Zeit mit einer weiteren Drosselung der kalorischen Stromerzeugung gerechnet werden kann.

Die Beschränkung des Haushaltsverbrauches nach der allgemeinen Stromverbrauchsregelung vom 29. Oktober 1950 wurde mit 1. März 1951 aufgehoben. Gleichzeitig wurde für die Industrie die Schaltstufe IV aufgerufen.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 153—158

Die Industrieproduktion war im Jänner um 19% niedriger als im Dezember, dürfte sich aber im Februar — nach bisher vorliegenden Angaben — wieder etwas erholt haben. Einige Zweige, vor allem die Maschinenindustrie, meldeten im Jänner stärkere Produktionsrückgänge, die über das normale Saisonausmaß hinausgehen und hauptsächlich auf Rohstoffschwierigkeiten zurückzuführen sind.

Die Rohstofflage ist nach wie vor kritisch. Obwohl die Rohstoffeinfuhren im Rahmen des ERP im Februar beachtlich zunahmen, waren die Gesamtimporte mit Ausnahme von Rohtabak und Erdöl in keiner Position höher als im Durchschnitt des vergangenen Jahres.

Import wichtiger Rohstoffe

Zeit	Roh- tabak	techn. Öle u. Fette	Erze	Erdöle	Baum- wolle	Wolle	Flachs, Hanf, Jute	Kau- tschuk	Roh- häute	Chem. Roh- stoffe	in Tonnen		
1937	Ø	674	3.021	9.578	22.455	3.592	983	1.516	352	506	1.283		
1949	Ø	1.240	1.592	55.687	4.977	1.857	858	763	744	694	2.480		
1950	Ø	657	1.689	60.274	5.065	1.521	719	1.014	661	542	3.767		
1950	I.	884	2.332	24.653	5.861	1.252	864	915	1.262	216	650		
	II.	438	1.605	9.348	3.310	1.462	1.393	1.601	676	312	3.895		
	III.	811	2.407	47.889	9.337	748	774	1.206	1.111	474	2.030		
	IV.	463	2.396	55.092	10.960	1.114	716	686	1.306	938	1.765		
	V.	262	1.169	97.728	2.804	2.974	888	1.413	935	735	4.495		
	VI.	1.378	1.619	56.087	1.978	1.826	754	822	626	768	1.197		
	VII.	967	1.533	82.323	3.089	3.419	578	546	264	509	9.374		
	VIII.	709	2.202	44.066	4.133	2.394	465	576	111	651	1.197		
	IX.	654	966	48.741	3.623	907	503	1.147	253	1.038	1.253		
	X.	403	675	62.889	5.508	301	631	1.026	554	433	1.123		
	XI.	553	1.016	97.887	5.173	848	379	1.303	529	318	10.365		
	XII.	361	2.350	96.588	4.998	1.002	678	928	308	111	7.858		
1951	I.	1.472	1.182	35.161	10.083	1.476	514	3.374	401	98	3.553		
	II.	983	2.174	43.175	7.149	2.472	514	2.291	454	160	1.055		

Die Einfuhr von Rohstoffen wird bereits durch internationale Bewirtschaftungsmaßnahmen beeinflusst. Für den Bezug im Rahmen des ERP müssen von den Teilnehmerländern quartalsweise Bedarfsmeldungen bei der ECA in Washington vorgelegt werden, welche die vorhandenen Rohstoffe nach einem Prioritätssystem verteilt. Für die Zuteilung

sind in erster Linie die Verwendungszwecke der angeforderten Rohstoffe maßgebend.

Außer der Bewirtschaftung im Rahmen des ERP wurde eine Internationale Rohstoffbehörde (IMC) in Washington gegründet, mit eigenen Komitees für Baumwolle, Wolle, Kupfer, Blei, Zink, Wolfram, Molybdän, Mangan, Nickel und Kobalt. Diese Komitees werden vorerst die Weltlage der einzelnen Rohstoffe untersuchen und im Falle zunehmender Schwierigkeiten Zuteilungssysteme ausarbeiten.

Schließlich hat die OEEC den Teilnehmerländern empfohlen, gewisse Verwendungsverbote einzuführen, dadurch den Verbrauch knapper Rohstoffe einzuschränken und ihre Produktion nach Möglichkeit zu steigern. Diesem Rate folgend, hat Österreich sein Investitionsprogramm modifiziert und erhöhte Beträge dem Ausbau der Grundstoffindustrien gewidmet. Ein wie großer Teil der zusätzlichen Investitionen auf dem Rohstoffsektor bei später wieder normalen Wirtschaftsverhältnissen sich nicht mehr als rentabel erweisen wird, kann heute noch nicht geschätzt werden.

Die Produktion in den einzelnen Industriezweigen

Die Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen war sehr verschieden. Während der Index der Konsumgüterindustrie um 25% gestiegen ist, ging der Index der dauerhaften Güter um 99% zurück. Da die Beschäftigung annähernd gleich blieb, ging auch die Produktivität um 89% zurück.

Der auf einen 30-Tage-Monat abgestellte Index der Bergbauproduktion ist im Februar dank anhaltend hoher Kohlenförderung und einer Rekordproduktion im Eisenerzbergbau um 95% auf 1617% von 1937 gestiegen. Die tatsächliche Monatsförderung war allerdings in den meisten Zweigen etwas niedriger als im Jänner, da nur 24 Tage gearbeitet wurde.

Das gleiche gilt für die eisenschaffende Industrie, deren Index um 97% auf 1786% von 1937 stieg. Die Bestellungen von Kommerzwalzwaren sind nach Aufhebung der Annahmesperre am 20. Jänner sprunghaft gestiegen. Endgültige Ziffern über Auftragseingänge und Lieferungen im ersten Quartal 1951 liegen noch nicht vor.

Der Index der Metallhüttenproduktion ist im Jänner noch um 188% zurückgegangen. Die Produktion wird erst wieder steigen, wenn die Aluminiumerzeugung voll anlaufen kann.

Die Erzeugung der Magnesitindustrie ist im Februar saisonmäßig um 41% zurückgegangen. Trotz der gegenwärtigen Konjunktur für Magnesiterzeugnisse (Sintermagnesit und Magnesitsteine sind ein

umentbehrliches Material für feuerfeste Auskleidungen in der Eisen- und Stahlindustrie, kaustisch gebrannter Magnesit wird in erster Linie zur Herstellung von Baumaterialien verwendet) modernisiert die Magnesitindustrie ihre Anlagen, um für den später zu erwartenden Konkurrenzkampf gerüstet zu sein.

Der Index der *Maschinenindustrie* ist im Jänner stark gesunken (um 18,6%), wobei die Produktionsrückschläge in einigen Sparten fast 50% gegenüber Dezember betragen. Besonders stark zurückgegangen ist die Erzeugung von Bergbaumaschinen, Pumpen, Kompressoren und Eisenbahnmaterial. Nur die Kugellagerproduktion hat stärker zugenommen.

Die österreichische *Sensenindustrie* ist schon seit einiger Zeit unterbeschäftigt, hofft jedoch durch ein großes Exportgeschäft mit der Sowjetunion ihre Erzeugung wieder steigern zu können. In den ersten Nachkriegsjahren konnten schon einmal größere Lieferungen mit Rußland abgeschlossen werden. Da die Kapazität dieses Zweiges weit über den Inlandsbedarf, der durch die zunehmende Mechanisierung der Landwirtschaft noch dazu dauernd sinkt, hinausgeht, kommt dem Exportgeschäft, hauptsächlich mit Südost- und Osteuropa, immer mehr Bedeutung zu.

Der Produktionsindex der *Fahrzeugindustrie* ist im Jänner um 5,5% gesunken, obwohl die Motorradherzeugung mit 344,6% von 1937 einen neuen Höchststand erreichte und auch die Lastkraftwagen- und Fahrradproduktion zugenommen hat. Dagegen ist die Erzeugung von Autobussen und Traktoren stark gesunken.

Die *Baustoffindustrie* war im Jänner noch unterbeschäftigt. Die Monate Jänner und Februar wurden in der Hauptsache zur Überholung der Anlagen und zur Vorbereitung der Saison benützt. Der Index der Baustoffproduktion war im Jänner um 24,8% niedriger als im Dezember. Die Ziegelerzeugung erreichte den tiefsten Stand, weil nur mehr Betriebe mit Trocknungsanlagen produzierten. Die Erzeugung der übrigen Betriebe wird erst im März wieder anlaufen. Die Nachfrage ist trotz höheren Preisen – die starke Preissteigerung für polnische Kohle ist dabei noch nicht berücksichtigt – äußerst rege. Die Werke sind größtenteils bis zum Sommer ausverkauft. Die Unternehmer fürchten aber, daß die bedeutende Erhöhung der Baukosten das Bauvolumen vermindern wird und sie im Spätsommer, ähnlich wie im Vorjahr, mit einem starken Geschäftsrückgang rechnen müssen. Es besteht deshalb, abgesehen von besonders günstig gelegenen Werken, wenig Bereitschaft, die Erzeugung der gegenwärtigen Nachfrage entsprechend auszuweiten.

Die *Glasindustrie* nützt ihre Kapazität fast voll aus. Im Vorjahr wurde mit Hilfe von ERP-Krediten besonders die Erzeugung von Gablonzer Glaswaren, Ampullen und Rohglas vergrößert. Im Jahre 1950 konnte erstmals auch der Inlandsverbrauch an Fensterglas voll aus der eigenen Erzeugung gedeckt werden. Nur einige Flachglassorten, wie z. B. Spiegelglas, mußten noch importiert werden. Auch auf dem Hohlglassektor war die Kapazitätsausnutzung zufriedenstellend. Die Schmucksteinindustrie ist voll beschäftigt und hat ihre Exporte stark gesteigert, so daß die Versorgung der inländischen Bijouterieherzeugung bereits schwierig geworden ist. Die Exportquote der gesamten Glasindustrie hat im Jahre 1950 45% der Produktion erreicht.

Die *chemische Industrie* hat mit Ausnahme der Gummiindustrie die Erzeugung im Jänner weiter ausgedehnt. Der Gesamtindex war mit 210,7% von 1937 um 8,8% höher als im Dezember. Die Produktion von Kalkammonsalpeter erreichte mit 37.000 t einen neuen Rekordstand. Die Stickstoffwerke in Linz arbeiten gegenwärtig an einer Versuchsreihe zur Herstellung von flüssigem Ammoniakdünger, der in den USA bereits seit längerem mit Erfolg verwendet wird und gegenüber den festen Düngemitteln viele Vorteile hat. Die Großerzeugung würde allerdings noch bedeutende Investitionen erfordern, mit denen erst nach Abschluß der Versuchsarbeiten, d. i. frühestens im nächsten Jahr, begonnen werden könnte.

Trotz der anhaltenden Rohstoffknappheit konnte die Zellwollerzeugung in Lenzing nach der Einschränkung auf 70 t pro Tag im Februar wieder auf 107,8 t pro Tag erhöht werden. Ob die angestrebte Höchstleistung von 120 t erreicht werden wird, hängt in erster Linie von der Belieferung mit Zellulose ab.

In Vorarlberg hat eine neue Acetylenfabrik, die 12.000 m³ Monatskapazität besitzt, die Erzeugung aufgenommen. Der Betrieb ist der erste dieser Art in Vorarlberg. Bisher mußte Acetylen, trotz der hohen Transportkosten, aus Tirol, Oberösterreich und Kärnten bezogen werden.

Die günstige Konjunktur der *Papierindustrie* hält an. Der Produktionsindex stieg im Jänner um 5,8% und im Februar um 6,9%. Infolge höherer Löhne und Schleifholzpreise wurden die Inlandspreise für Papier um 25% erhöht. Der Abstand von den Weltmarktpreisen ist aber noch immer sehr groß.

Die *Textilindustrie* hat trotz anhaltender Rohstoffknappheit die Erzeugung auch im Jänner wieder gesteigert. Die Wolle- und Baumwolleneinfuhren sind seit 8 Monaten geringer als der laufende Verbrauch, so daß immer mehr Zell- und Reißwolle verwendet werden muß.

Rohstoffverbrauch der Textilindustrie¹⁾

Zeit	Baumwolle	Zellwolle B-Typ	Zusammen	Schafwolle	Zellwolle W-Typ	Zusammen	Hanf	Flachs	Jute	Reißspinnstoffe	Baumwollgarne	Zellwollgarne B	Streichgarne	Kammgarne	Zellgarne W	Kunstseiden- garne	Leinen- garne	Hanf- garne	Jute- garne	in Tonnen			
1937	Ø	3.083	3.083	833		833		1.130	623														
1948	Ø	1.216	390	1.606	432	205	637	140	144	134	700	682	184	375	40	28	70	28	34	5			
1949	Ø	1.686	584	2.270	655	363	1.018	226	141	275	847	1.099	310	489	115	28	138	44	50	26			
1950	Ø	1.758	857	2.615	772	338	1.060	474	153	458	877	1.259	509	548	170	63	132	60	68	59			
1950	I.	1.655	889	2.544	776	340	1.116	279	165	413	906	1.247	467	557	154	60	137	70	71	56			
	II.	1.705	792	2.497	783	315	1.098	417	153	439	918	1.072	513	557	151	46	139	51	72	53			
	III.	1.882	978	2.860	922	406	1.328		1.115	189	660	1.051	1.289	577	652	227	52	142	58	78	70		
	IV.	1.446	927	2.373	719	297	1.016		482	163	409	866	1.115	530	503	156	51	133	70	76	56		
	V.	1.653	891	2.544	724	392	1.116		600	147	476	860	1.186	492	447	146	60	115	73	117	57		
	VI.	1.911	870	2.781	798	338	1.136		513	181	355	765	1.289	500	507	143	68	123	65	40	54		
	VII.	1.550	791	2.341	776	261	1.037		560	76	322	591	1.055	426	380	145	44	105	42	60	45		
	VIII.	1.757	697	2.454	570	211	781		507	175	410	790	1.352	462	526	141	51	133	54	49	65		
	IX.	1.927	863	2.790	683	334	1.017		324	170	368	829	1.311	526	635	216	70	128	54	54	58		
	X.	1.996	838	2.834	743	339	1.082		279	158	444	1.011	1.578	560	530	203	86	154	61	81	70		
	XI.	1.974	896	2.870	615	428	1.043		322	143	658	971	1.414	570	675	186	86	134	61	71	69		
	XII.	1.633	856	2.489	559	391	950		286	113	546	966	1.201	490	612	168	87	142	55	47	55		
1951	I.	1.910	905	2.815	574	410	984	345	127	519	994	1.309	644	529	185	74	161	77	98	475			

¹⁾ Nach Angaben des Fachverbandes der Textilindustrie.

Energieverbrauch der Textilindustrie

Monat	Kohle und Heizöl	Stromverbrauch			
		Insgesamt	Eigenstrom	Fremdstrom	
in Millionen kWh					
1950	I.	16.653	15'2	9'2	6'0
	II.	16.404	14'7	9'0	5'7
	III.	13.536	16'1	10'0	6'1
	IV.	12.272	13'8	8'5	5'3
	V.	15.619	13'3	8'3	5'0
	VI.	9.920	13'7	8'1	5'6
	VII.	7.866	11'1	6'2	4'9
	VIII.	9.241	12'5	7'0	5'5
	IX.	11.158	14'7	8'2	6'5
	X.	14.007	15'7	8'9	6'8
	XI.	15.865	17'2	10'3	6'9
	XII.	15.827	16'9	10'1	6'8
1951	I.	17.585	17'5	9'7	7'8

Die Produktion der Leder- und Schuhindustrie ist im Jänner um 2'1% gestiegen. Die Ledererzeugung erreichte einen Rekordstand und auch die Schuhindustrie konnte den Rückschlag vom Dezember überwinden. Die Inlandsaufbringung an Rohhäuten war der Saison entsprechend rückläufig. Auch die Einfuhr war geringer als in den Vormonaten und lag beträchtlich unter den im Importprogramm vorgesehenen Mengen.

Der Index der Nahrungs- und Genußmittelindustrie wurde durch Aufnahme 13 neuer Produktionen bedeutend erweitert.

Die Produktion der Tabakwarenindustrie, die im Jänner um 14'4% zurückgegangen war, ist im Februar wieder um 16'6% gestiegen. Die Einfuhr von Rohtabak war im Jänner höher als in irgend einem Monat des Vorjahres.

Korrektur des Produktionsindex

Der vom Institut seit November 1949 berechnete Produktionsindex²⁾ war in allen Zweigen mit Ausnahme der Nahrungs- und Genußmittel weitgehend repräsentativ. Das statistisch erfaßte Produktionsvolumen beträgt durch-

²⁾ Siehe Beilage Nr. 11 der Monatsberichte Nr. 7, Jg. 1950.

wegs wenigstens 70%, zumeist aber 90 bis 100% der tatsächlichen Produktion.

Nur über die Produktion in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie lagen so wenige Daten vor, daß nur 55% der Gesamtproduktion erfaßt werden konnten. Der Gruppenindex der Nahrungsmittelindustrie enthielt nur fünf einzelne Produktionsreihen, wovon zwei besonders saisonabhängige, Zuckererzeugung und Brauindustrie, mit einem Gewicht von 71%, die Entwicklung des Index überstark beeinflussten.

Bisherige Zusammensetzung des Gruppenindex der Nahrungsmittelindustrie (%)

Produkt	Gewicht
Zucker	25'0
Kaffeemittel	9'0
Speisefette	10'0
Bier	46'0
Salz	10'0

Die dadurch verursachte Verzerrung des Index wurde nur durch die Phasenverschiebung in der Saisonbewegung der beiden Zweige etwas gemildert. Der Einfluß dieser Schwächen auf den Gesamtindex der Produktion war allerdings nicht sehr bedeutend, weil das Gewicht der Nahrungsmittelindustrie innerhalb der Gesamtproduktion nur 10% beträgt. Die Abweichungen des bisherigen Nahrungsmittelindex vom Neuberechneten betragen zwar, vor allem an den Saisonwendepunkten (Frühjahr und Herbst) bis über 30%, in den Jahresdurchschnitten 1948, 1949 und 1950 aber nur 9'02%, 9'28% und 1'44%, wobei der neue Index fast durchwegs über den Werten der bisherigen Berechnung liegt.

Die immerhin beträchtliche Abweichung im Nahrungsmittelindex allein rechtfertigen aber seine Neuberechnung, die durch Erhebung zusätzlicher Produktionsdaten ermöglicht wurde. Es wurden 13 neue Produktionsreihen in den Index aufgenommen, so daß der neue Index nun aus 18 Einzelreihen gebildet wird, die nach vorsichtigen Schätzungen 80% des Produktionsvolumens der Nahrungs- und Genußmittelindustrie decken.

Neuberechnung verschiedener Produktionsindizes

Zeit	Produktion		Produktivität		Indizes der				Produktionsindizes der				Indizes der	
	bisheriger Index	neuer Index	bisheriger Index	neuer Index	dauerhaften Güter		nicht dauerhaften Güter		Gießerei-Industrie		Nahrungs- und Genußmittel-Industrie		Produktion ohne elektr. Energie	
					bisher	neu	bisher	neu	bisher	neu	bisher	neu	bisher	neu
1948	I... 66'97	67'90	52'34	53'07	74'07	75'27	58'81	61'25	72'43	93'13	53'24	67'19	65'37	66'31
	II... 73'62	76'63	56'69	59'01	83'19	86'78	63'02	68'04	85'81	162'96	51'40	66'57	74'26	74'79
	III... 77'75	79'50	59'56	60'91	90'61	92'29	64'60	66'57	91'78	123'45	58'69	69'92	75'88	77'63
	IV... 85'99	86'36	65'27	65'55	100'71	102'24	71'35	73'00	92'25	125'14	71'93	81'39	83'97	84'36
	V... 83'79	83'60	62'68	62'54	95'08	96'43	70'98	69'66	81'78	110'23	98'60	91'08	81'34	80'38
	VI... 96'83	97'51	71'57	72'07	114'28	115'89	79'69	79'70	100'32	135'01	96'98	97'05	94'57	95'26
	VII... 87'33	89'74	64'29	66'07	109'13	110'83	66'18	69'35	91'34	123'95	42'64	60'63	84'66	87'14
	VIII... 91'64	92'79	66'97	67'81	109'91	111'51	72'76	73'63	95'10	129'52	68'35	73'24	88'74	88'91
	IX... 99'81	101'15	72'11	73'08	121'45	123'34	79'75	80'73	112'41	153'10	86'49	92'04	97'69	99'05
	X... 96'49	98'91	68'99	70'72	117'23	118'94	77'98	80'96	105'12	142'55	68'52	85'55	94'85	97'29
	XI... 104'64	104'55	74'14	74'08	120'30	122'19	90'48	88'94	115'45	156'01	126'55	117'65	103'31	103'22
	XII... 99'18	100'34	69'53	70'34	116'33	118'11	83'71	84'40	113'66	152'04	94'46	98'39	97'74	98'89
1949	I... 90'20	92'34	63'32	64'82	109'87	111'44	73'00	78'18	98'58	132'88	69'34	85'86	88'86	91'04
	II... 102'11	104'44	71'41	73'04	121'15	123'95	85'72	88'56	109'61	147'49	82'28	98'54	100'96	103'28
	III... 106'33	109'17	73'67	75'63	132'70	134'46	84'29	89'40	113'74	152'39	78'96	108'17	105'10	107'99
	IV... 112'74	113'83	77'28	78'03	133'77	135'43	93'82	94'49	107'77	143'57	104'94	108'81	110'99	112'09
	V... 118'90	119'89	80'73	81'40	145'88	147'54	95'06	95'70	107'35	143'48	97'56	101'22	116'93	117'91
	VI... 122'33	124'26	82'12	83'42	145'55	147'18	100'97	103'17	106'48	141'55	109'78	122'25	120'14	119'68
	VII... 120'00	121'02	79'72	80'40	149'42	151'09	94'03	94'88	102'77	140'40	95'98	98'98	117'82	118'86
	VIII... 117'27	118'77	77'11	78'09	147'69	149'46	90'80	92'06	110'59	150'11	89'82	97'02	115'26	116'78
	IX... 133'48	134'60	86'79	87'52	163'26	165'47	107'77	108'09	127'79	175'22	106'75	108'60	131'63	132'24
	X... 131'90	133'85	84'84	86'10	162'84	164'98	105'98	107'97	128'10	173'41	88'82	100'20	130'41	132'40
	XI... 136'90	136'40	87'77	87'45	162'47	164'80	115'26	112'64	142'01	192'01	142'95	127'97	135'56	135'06
	XII... 129'80	132'53	83'08	84'82	156'63	158'89	107'14	110'30	137'31	185'84	100'39	118'37	128'43	131'20
1950	I... 122'90	123'61	78'89	79'35	141'45	143'48	106'17	105'92	134'75	180'29	103'47	101'74	121'35	122'02
	II... 133'24	134'42	85'68	86'44	153'93	156'56	115'29	115'17	144'51	203'84	106'12	106'06	131'84	133'01
	III... 142'37	144'19	91'19	92'35	165'48	168'62	122'44	123'87	155'43	214'75	105'04	113'23	140'91	142'88
	IV... 133'45	134'58	84'97	85'69	160'90	163'25	110'00	110'24	134'80	185'64	94'26	95'63	131'88	133'03
	V... 137'99	136'97	87'50	86'85	164'45	166'80	110'91	109'39	129'68	180'48	117'67	117'85	133'93	134'96
	VI... 145'05	146'14	91'92	92'61	178'52	180'00	115'65	116'23	146'97	187'44	114'74	118'09	142'68	146'86
	VII... 133'18	133'94	84'25	84'75	165'94	168'53	104'19	103'61	114'68	170'07	120'02	116'70	130'75	131'51
	VIII... 136'88	138'14	86'14	86'94	167'40	170'01	109'07	109'18	117'67	173'76	114'35	114'92	131'15	135'43
	IX... 149'41	151'19	93'60	94'71	179'08	181'19	123'44	125'00	138'81	184'27	106'64	115'51	147'37	149'17
	X... 150'42	153'80	93'53	95'63	181'50	184'14	123'59	127'58	147'31	204'22	107'57	130'65	148'49	151'92
	XI... 161'89	162'99	100'39	101'07	196'60	199'04	132'98	134'94	150'18	202'46	152'92	152'69	160'34	161'56
	XII... 146'78	145'83	91'02	90'43	175'30	177'55	121'91	118'57	139'62	187'24	148'73	129'68	144'87	143'91
Ø 1948	88'67	89'92	65'54	66'45	104'37	106'15	73'27	74'69	96'45	133'93	76'49	83'39	86'86	87'77
Ø 1949	118'49	120'09	79'17	80'24	144'27	145'39	96'15	97'95	116'01	156'53	97'30	106'33	116'84	118'21
Ø 1950	141'13	142'15	89'14	89'78	169'21	171'63	116'30	116'64	137'87	189'54	115'96	117'63	138'80	140'52

Zusammensetzung des neuen Index der Nahrungs- und Genußmittelindustrie

Produkt	Gewicht	Produkt	Gewicht
Mehl und Grieß	14'0	Zuckerwaren	3'0
Brot	4'0	Zucker	14'0
Gebäck	3'0	Speisefette	8'0
Malzextrakt	1'0	Kaffeemittel	4'0
Teigwaren	3'0	Bier	25'0
Suppenartikel	1'0	Salz	8'0
Marmelade	2'0	Preßhefe	2'0
Schokolade und Schokoladewaren	4'0	Haferflocken	1'0
Dauerbackwaren	2'0	Schmelzkäse	1'0

Die Gewichte der Zucker- und der Brauindustrie haben sich im neuen Index erheblich verringert (von bisher 71% auf 39%). Die Berechnungsmethode blieb unverändert, und auch das Gewicht der Nahrungsmittelindustrie innerhalb der Gesamtindustrie blieb gleich. Das Hauptergebnis der Neuberechnung ist die Ausschaltung der früher zu stark betonten Saisonbewegung.

Gleichzeitig mit der Neuberechnung des Index der Nahrungs- und Genußmittelindustrie mußte auch der Index der Gießereiindustrie neu berechnet werden, weil

die bisher für das Basisjahr 1937 verwendeten Schätzziffern der Sektion Industrie der Bundeshandelskammer auf Grund neuer Erhebungen korrigiert werden mußten. In diesem Fall blieb aber die Zusammensetzung des Index unverändert. Er wurde nur auf die neuen Basisziffern umgestellt. Da die Veränderungen ziemlich einschneidend waren — die neu angegebenen Produktionsdaten für das Jahr 1937 liegen zum Teil weit unter den bisher verwendeten Schätzziffern —, ist der neue Index der Gießereiindustrie beträchtlich höher als der bisherige. Die Jahresdurchschnitte des korrigierten Index liegen in den Jahren 1948, 1949 und 1950 um 33'86%, 34'93% und 37'48% über der bisherigen Berechnung.

Wegen des geringen Gewichtes der Gießereiindustrie innerhalb des Gesamtindex, beeinflußt aber auch diese Korrektur den Gesamtindex nur wenig.

Beide Neuberechnungen zusammen haben den Gesamtindex der industriellen Produktion in den Jahren 1948, 1949 und 1950 im Durchschnitt um 1'41%, 1'35% und 0'72% erhöht. Ebenso gering waren die Veränderungen, die sich aus der notwendigen Berichtigung der Indizes der dauerhaften und nicht dauerhaften Güter und des Produktivitätsindex ergeben haben. (Siehe obige Übersicht.)

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 159

Die seit September vorigen Jahres übersaisonnäßig lebhaftere Nachfrage hat im Februar erheblich nachgelassen. Obwohl in verschiedenen Branchen die Umsätze normalerweise schon im Februar leicht steigen, sind sie in diesem Jahr — abgesehen von Nahrungsmitteln — allgemein gesunken. Während die Umsätze der Konsumgenossenschaften, bei denen Nahrungsmittel ausschlaggebend sind, um 2% stiegen, ging der Index der Wiener Warenhäuser um 39%, der für den Gesamteinzelhandel um 19% zurück. Trotzdem waren die Umsätze, zum Teil auch zufolge starker Preissteigerungen, allgemein noch immer beträchtlich (bei Textilien und Bekleidung fast um 100%) höher als im Februar 1950.

Obwohl man mit weiteren Preissteigerungen und Verknappungen bei einzelnen Waren rechnen mußte, ließen die Vorratskäufe im Februar stark nach, da die Kaufkraftreserven der Konsumenten weitgehend erschöpft waren. Darüber hinaus wurden die laufenden Einkommen durch die Rückzahlung der Konsumkredite und der Vorschüsse, mit denen in den letzten Monaten ein Teil der Käufe finanziert wurde, geschmälert. Teile des Einkommens wurden außerdem für Faschingsveranstaltungen, die in diesem Jahr besser als im Vorjahr besucht waren¹⁾, verwendet. Nicht zuletzt war das Abflauen der Angstkäufe auch darauf zurückzuführen, daß in vielen Haushalten die dringendste Nachfrage schon befriedigt worden war und sich die Konsumenten überzeugen konnten, daß das Warenangebot weiterhin ziemlich groß blieb. Vermutlich hat der Handel auch die Kreditverkäufe etwas gedrosselt, zumal da allgemeine Kreditbeschränkungen im Gange sind²⁾.

Nach vorläufigen Meldungen blieb der Geschäftsgang auch im März schwach, obwohl man saison-

¹⁾ Nach vorläufigen Meldungen fanden in Wien in diesem Jahr vom 1. Jänner bis 11. März 1961 (1950: 1974) Faschingsveranstaltungen statt, die von 580.000 (1950: 530.000) Personen besucht waren. Die Ausgaben der Besucher werden auf 12'85 Mill. S (davon 5'55 Mill. S für Eintritt und 7'3 Mill. S für Konsumation) geschätzt gegenüber 11'2 Mill. S (Eintritt 4'95 Mill. S, Konsumation 6'25 Mill. S) im Vorjahr. Während sich der Besuch der Veranstaltungen um 9'4% (bezogen auf die Zahl der Veranstaltungen um 10'2%) erhöhte, nahmen die Ausgaben der Besucher sogar um 14'7% zu. Die Gemeinde Wien nahm dabei 1'82 Mill. S an Vergnügungssteuer ein (durchschnittlich 14'2% des Umsatzes) gegenüber 1'55 Mill. S im Vorjahr (Zunahme um 17'4%).

²⁾ Allgemeine Kreditbeschränkungen der Banken müssen sich zwangsläufig auf die vom Einzelhandel in eigener Regie durchgeführten Teilzahlungsgeschäfte auswirken, da diese meist indirekt durch Bankkredite (Betriebskredite) finanziert werden.

mäßig und wegen der Osterfeiertage eine lebhaftere Nachfrage erwartet hätte. Das kalte Wetter und der ungünstige Fall der Osterfeiertage (kurz vor Monatsende) trugen die Hauptschuld.

Einzelhandelsumsätze im Februar

Geschäftszweig	1949	1950	1951	1951 in % von 1950
	Veränderungen gegenüber Jänner in Prozent			
Wiener Warenhäuser insgesamt	+ 20	- 11	- 39	167'9
davon:				
Textilien und Bekleidung	+ 21	- 13	- 41	178'3
Möbel und Hausrat	+ 19	+ 5	- 15	164'5
Sonstiges	+ 14	- 3	- 20	106'6
Konsumgenossenschaften	+ 4	+ 2	+ 2	124'9
Einzelhandel insgesamt	+ 14	- 4	- 19	154'2
davon:				
Nahrungsmittel	+ 5	+ 2	+ 2	124'0
Textilien und Bekleidung	+ 28	- 11	- 31	194'7
Sonstige Branchen	+ 9	+ 2	- 16	138'4

Der allgemeine Rückgang der wirksamen Nachfrage hat die einzelnen Branchen verschieden stark getroffen. Am meisten nahmen die Umsätze von *Textilien und Bekleidung* ab (in den Wiener Warenhäusern um 41%, im Gesamteinzelhandel um 31%), da hier der Geschäftsgang im Vormonat überdurchschnittlich gut war. Besonders stark waren die Umsatzrückgänge bei Konfektion, Wäsche, Wirk- und Strickwaren sowie Meterware, während die Käufe von Schuhen nur um 1% abnahmen. Bemerkenswert ist, daß entgegen der bisherigen Entwicklung die Nachfrage nach den verbilligten ERP-Schuhen ziemlich groß war. Die Verkäufe von entbehrlichen Konsumgütern, die unter „Sonstiges“ zusammengefaßt sind, nahmen in den Warenhäusern um 20% ab und waren nur geringfügig höher als im Februar 1950. Die Umsätze von *Möbeln und Hausrat* sanken um 15%, übertrafen jedoch die des Vorjahres immer noch um 65%.

Die Nachfrage nach *Nahrungsmitteln* ist erwartungsgemäß³⁾ etwas gestiegen (um 2%), dagegen sanken die Umsätze von *Tabakwaren* weiter um 1%.

An *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag) gingen im Februar 227 Mill. S ein, um 4% weniger als im Jänner, jedoch um 41% mehr als im Februar 1950.

Die Einnahmen aus *Verbrauchssteuern* sanken im Februar um 15% auf 111 Mill. S. Da der Verbrauch von Bier und Wein nach den Feiertagen stark abnahm, gingen an Biersteuer um 54%, an Weinsteuer um 32% weniger als im Vormonat ein. Dagegen erhöhten sich die Erträge der Salz- und Zuckersteuer um 37% und 18%, während die Einnahmen aus der Tabaksteuer nahezu unverändert blieben.

³⁾ Normalerweise sind die Umsätze von Nahrungsmitteln im Jänner wegen der Vorräte von den Feiertagen sehr gering und nehmen dann im Februar leicht zu.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 160--164

Die saisonmäßige Besserung der Arbeitslage, die in der zweiten Jännerhälfte einsetzte, hielt auch im Februar an. Die Zahl der *Beschäftigten* stieg um 15.400 auf 1,878.200, während sie im Vorjahr im gleichen Zeitraum noch um 7.200 abnahm. Dadurch war sie Ende Februar 1950 um 21.500 höher als im Vorjahr. Auch die Zahl der industriellen und gewerblichen Arbeiter, die — im Gegensatz zu jener der Angestellten — seit Oktober hinter dem entsprechenden Vorjahresstand zurückgeblieben war¹⁾, lag wieder höher als im Vorjahr.

Es wäre jedoch verfrüht, aus diesem günstigen Februarergebnis bereits den Schluß zu ziehen, daß der Trend der Beschäftigung wieder steigt. Vielmehr dürfte es sich hier, zumindest zum Teil, um eine „Phasenverschiebung“ im Saisonablauf handeln, auf die bereits in einem früheren Bericht hingewiesen wurde²⁾. Der Saisonablauf der Beschäftigung war in diesem Winter im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Jahren wieder dem der Vorkriegszeit ähnlicher geworden; der Rückschlag setzte früher ein und dasselbe dürfte nun für den Aufschwung zutreffen. Durch diese Saisonverschiebung war der Beschäftigtenstand in den Monaten Oktober bis Dezember 1950 hinter dem entsprechenden Vorjahresmonat zurückgeblieben und lag nun im Februar darüber. Die Annahme einer Phasenverschiebung von etwa einem halben Monat, wie sie in dem früher zitierten Monatsbericht gemacht wurde, könnte den jetzigen höheren Beschäftigtenstand ohne weiteres erklären, da im Vorjahr die Beschäftigtenzahl von Mitte März ungefähr mit der im heurigen Jahr zu Ende Februar erreichten Zahl übereinstimmt.

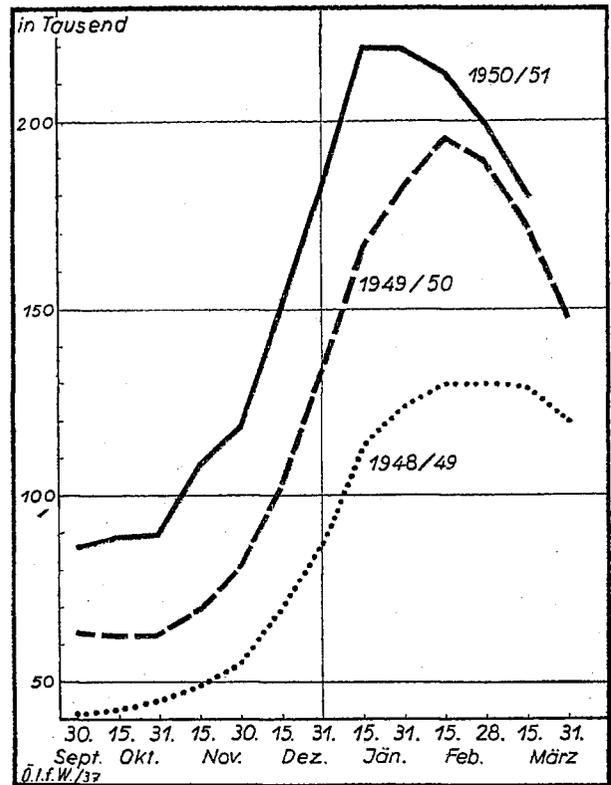
Allerdings ist der Aufschwung der letzten Zeit nicht ausschließlich auf die „Normalisierung“ des Saisonablaufes zurückzuführen; das Winterbau- und Notstandsprogramm und vor allem das außerordentlich milde Wetter, das mehr Außenarbeiten zuließ als normal, trugen wesentlich dazu bei, die Beschäftigung zu erhöhen. Daß dem Wetter dabei eine bedeutende Rolle zufiel, ist daran erkennbar, daß auch im Ausland der saisonmäßige Aufschwung heuer früher einsetzte als im Vorjahr. In Westdeutschland z. B. stieg die Arbeitslosigkeit im Vorjahr bis 15. Februar, während sie heuer bereits am 15. Jänner ihren Höhepunkt erreichte und seither abnimmt. Notprogramm und mildes Wetter sind aber ebenso-

¹⁾ Siehe Nr. 2 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 74/75.

²⁾ Siehe Nr. 11 der Monatsberichte, Jg. 1950, S. 552.

Die Winterarbeitslosigkeit in den Jahren 1948/49 bis 1950/51

(Normaler Maßstab; in 1.000 Personen)



Die Arbeitslosigkeit ist in jedem der letzten drei Winter höher gewesen als im Vorjahr. Im Winter 1950/51 änderte sich jedoch der Saisonverlauf. Die Arbeitslosigkeit setzte — ähnlich wie in den Vorkriegsjahren — im Herbst mit größerer Vehemenz ein, erreichte aber schon am 15. Jänner ihren Höhepunkt, während er 1950 erst am 15. Februar und 1949 erst am 28. Februar erreicht wurde. Das Winterbauprogramm und das milde Wetter förderten diese frühe Saisonumkehr, durch welche der Abstand gegenüber der vorjährigen Arbeitslosigkeit im März bedeutend verringert wurde.

wenig wie die Saisonverschiebung Faktoren, welche das Beschäftigungsniveau dauernd heben.

Die gleichen Faktoren haben auch die *Arbeitslosigkeit* entsprechend beeinflußt. So sank die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden im Laufe des Monats Februar um 20.100 auf 200.700³⁾, während sie im Vorjahr im gleichen Zeitraum noch um 7.300 zunahm. Dadurch verminderte sich der Abstand gegenüber dem Vorjahr, und der Arbeitslosenstand war nur mehr um 4.300 höher als im Februar 1950. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen war mit 141.200 sogar (um 7.400) niedriger als vor einem Jahr, was seit Juni 1948 nicht mehr der Fall gewesen war.

³⁾ Bis 31. März sank sie um weitere 39.500 Personen.

Abgesehen von den Papierarbeitern nahm die Arbeitslosigkeit im Februar bei allen Berufsgruppen ab. Bei den Bergleuten, Erd- und Steinarbeitern, Bauarbeitern, Metallarbeitern, Lederarbeitern, Verkehrsarbeitern und Hilfsarbeitern war sie niedriger als im Februar 1950. Die Bau-, Rohstoff- und Metallwarenkonzunktur geht daraus deutlich hervor. Von den Bundesländern hatten Oberösterreich, Salzburg, Vorarlberg und Burgenland einen niedrigeren Stand als im Vorjahr, einen höheren hatte vor allem Wien.

Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Notstandshilfeempfänger in den letzten Monaten stark gestiegen ist. Auch im Februar, als die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 141.800 auf 120.600 zurückging, erhöhte sich die Zahl der Notstandshilfeempfänger von 43.200 auf 47.000, den bisher weitaus höchsten Stand¹⁾. Bei jeder Saisonwelle erfolgt nämlich nicht nur eine vorübergehende Freisetzung von Arbeitskräften, sondern auch ein Umschichtungs- und Ausleseprozeß. Nur ein Teil der abgebauten Arbeitskräfte wird zu Saisonbeginn wieder eingestellt, ein Teil wird durch neue Arbeitskräfte (Jugendliche, Frauen) ersetzt. So wächst ständig, ganz abgesehen von der allgemeinen Zunahme der Arbeitslosigkeit, ein kleiner Kern langfristiger, meist älterer Arbeitsloser, die besonderen materiellen Notstand leiden. Im Februar 1950 waren es erst 20% aller Unterstützungsempfänger (17% aller Stellensuchenden), die in diese Gruppe fielen, im Februar 1951 bereits 28% (24%).

Notstandshilfeempfänger

	1950		1951	
	Februar	Oktober in 1.000 Personen	Jänner	Februar
Metallarbeiter	1'7	1'4	2'2	2'2
Bekleidungsarbeiter	1'1	1'7	2'7	2'6
Bauarbeiter	2'1	0'5	2'0	3'1
Gaststättenarbeiter	1'9	2'0	2'5	2'7
Verkehrsarbeiter	3'3	3'0	3'8	4'0
Hilfsarbeiter	10'5	9'3	13'7	14'8
Angestellte	6'6	7'2	8'3	8'6
Sonstige Berufe	5'3	5'2	8'0	9'0
Insgesamt	32'5	30'3	43'2	47'0

Diese langfristige Arbeitslosigkeit hat in allen Bundesländern und allen Berufsgruppen zugenommen. Absolut am stärksten betroffen sind die Hilfsarbeiter, die im Februar 14.800 Notstandshilfeempfänger zählten; ihnen folgten die Angestelltenberufe mit 8.600 und die Verkehrsarbeiter mit 4.000 Bezugsberechtigten. Relativ am stärksten betroffen sind die Angestellten, bei denen 50% aller Unter-

¹⁾ Einen gewissen Zustrom erhielt die Gruppe der Notstandshilfeempfänger im Vorjahr durch die Ausdehnung des Unterstützungsanspruches auf einen gewissen Kreis von Ausländern, der in Kürze noch erweitert werden wird.

stützungsempfänger nur mehr Notstandshilfe bezogen. Den kleinsten Prozentsatz wiesen die Bauarbeiter mit 9% der Unterstützungsempfänger auf, da bei ihnen die Arbeitslosigkeit vorwiegend saisonmäßigen Charakter hat.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 165—167

Die Güterverkehrsleistungen der Bundesbahnen lagen im Februar mit 492'3 Mill. Nutzlast-Tonnenkilometer etwas unter dem Jännerergebnis (492'8). Die durchschnittliche Tagesleistung (28 Tage) ist jedoch um 11% und die Zahl der täglichen Wagenstellungen von 5.211 auf 5.387 Stück (Voll- und Schmalspur) gestiegen. Nur der Transitverkehr ist sowohl absolut wie relativ zurückgegangen, überschnitt aber immer noch etwas den Stand vom Februar 1950. Im Personenverkehr ist der starke Frequenzrückgang von 5'0 Mill. verkaufter Karten im Jänner auf 4'1 Mill. im Februar teilweise auf Verkehrsbeschränkungen wegen Kohlenmangels zurückzuführen.

Die gegenwärtige Exportkonjunktur läßt die Bundesbahnen erwägen, einige *Ausnahmetarife*, die seinerzeit zur Unterstützung des Exportes eingeräumt worden waren, in nächster Zeit aufzuheben oder einzuschränken. Ursprünglich sollten acht Ausnahmetarife²⁾ geändert werden. Über die genaue Liste wird jedoch gegenwärtig noch zwischen Bundeshandelskammer und Bundesbahnen verhandelt. Die Forderungen der Bundesbahnen werden damit begründet, daß infolge der völlig veränderten Exportsituation kein Anlaß mehr für Tarifbegünstigungen bestehe, während sich andererseits die Ertragslage der Bahnen durch die Kostensteigerungen in den letzten Monaten erheblich verschlechtert habe. Überdies seien selbst die normalen Tarifsätze im Vergleich zu den Güterpreisen noch so niedrig, daß die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Exportgüter kaum beeinträchtigt werde.

Der Fremdenverkehr im Jahre 1950³⁾

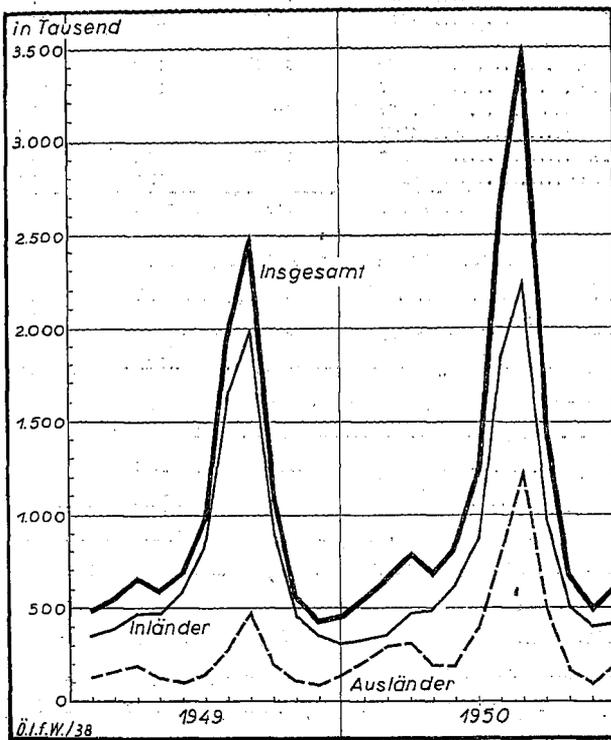
Der österreichische Fremdenverkehr zählte im Jahre 1950 insgesamt 14'04 Mill. Übernachtungen gegen 10'9 Mill. im Jahre 1949 und 20'6 Mill. im

²⁾ AT 10 (Papier), AT 13 (Steinkohlenkoks), AT 21 und 22 (Rindvieh, Pferde, Maultiere), AT 30 (Roheisen), AT 31 (Stabeisen usw.), AT 38 (Abfallglaubersalz), AT 50 (Graphit).

³⁾ Sämtliche angeführten Übernachtungszahlen beruhen auf den monatlichen Meldungen von durchschnittlich 700 Gemeinden; die tatsächlichen Frequenzzahlen liegen daher höher, und zwar für Inländerverkehr um zirka 20%, für Ausländerverkehr um 5% und für den gesamten Fremdenverkehr um 18%.

Die Entwicklung des Fremdenverkehrs in den Jahren
1949 und 1950

(Normaler Maßstab; in 1.000 Übernachtungen)



Der sprunghafte Anstieg des Fremdenverkehrs im Jahre 1950 ist vor allem durch den Ausländerverkehr bedingt, der infolge der Devisenkursänderung (November 1949) rasch zunahm. Allerdings wurden durch den wachsenden Ausländerfremdenverkehr die Saisonschwankungen erheblich verstärkt, da sich dieser noch mehr als der Inländerverkehr auf die Monate Juli bis August konzentriert.

Jahre 1937¹⁾. Die Steigerung der Frequenz von 1949 auf 1950 um 29% setzte unmittelbar nach der Devisenkursänderung im November 1949 ein, beschränkte sich also zunächst auf den Ausländerbesuch. So lagen bereits im Jänner 1950 die Nächtigungszahlen für Ausländer um 62% über dem Jännerstand 1949 und erreichten im August 1950 ein Plus von 157%. Im Jahresergebnis überschritt der Ausländerverkehr mit 4'58 Mill. Übernachtungen den Stand von 1949 um 115% (70% von 1937), so daß von der Steigerung des gesamten Fremdenverkehrs im Jahre 1950 um 3'19 Mill. Übernachtungen 77% auf den der Ausländer entfielen.

Im Inländer-Verkehr verstärkte sich die Frequenz erst ab Jahresmitte, lag aber selbst im Spitzenmonat August nur um 12% über dem Vergleichsmonat. Der Jahreszuwachs von 8% ist auffallend gering, da im Jahre 1949 erst 76% und im Jahre 1950 82%

¹⁾ Fremdenverkehrsjahr.

des Standes von 1937 erreicht wurden²⁾, obwohl die gegenüber der Vorkriegszeit günstigere Beschäftigungslage einen stärkeren Inländerverkehr erwarten ließe. Einkommensumschichtungen und Rückgänge in den Realeinkommen, zumindest bei den früher reisefreudigen Bevölkerungskreisen (Beamte, Angestellte), dürften die Ursache für das relative Zurückbleiben hinter den Zahlen von 1937 sein. Die Pensionspreise und sonstigen Aufenthaltskosten sind nämlich nicht übermäßig gestiegen (abgesehen von ausgesprochenen Fremdenverkehrszentren und Luxushotels) — im Durchschnitt erreichten sie nur das Drei- bis Vierfache von 1937; dagegen verteuerten sich die Aufwendungen für lebensnotwendige Bedürfnisse, so daß vielfach im Haushaltbudget für die Post „Reise und Urlaub“ keine Mittel mehr übrig bleiben. In welchem Umfang die geplanten Verbilligungen für die Frühjahrs- und Herbstsaison den Inländerverkehr zu beleben vermögen, muß abgewartet werden. Sollten sich daran in erster Linie Betriebe mit höheren Preiskategorien beteiligen (ab 30 Schilling), dann dürfte auch eine 10- bis 20% ige Ermäßigung keine nennenswerte Belebung auslösen, da für die Mehrheit der noch zu erfassenden Bevölkerungsschichten (insbesondere Familien mit einem Einkommen zwischen 900 und 1.300 S) Pensionspreise über 20 S untragbar sind. Andererseits können die „billigen Betriebe“ ihre Preise kaum noch nennenswert herabsetzen³⁾.

Der Fremdenverkehr im Jahre 1950 nach
Bundesländern

Bundesland	Gesamt 1.000 Üb.	1949 =100 %	Inland 1.000 Üb.	1949 =100 %	Ausland 1.000 Üb.	1949 =100 %
Wien	919	107'5	358	96'2	561	116'3
Niederösterreich ...	2.462	122'6	2.425	122'3	37	152'4
Oberösterreich	2.155	102'3	1.903	95'8	252	209'4
Salzburg	3.021	146'1	1.906	113'9	1.115	283'2
Steiermark	1.138	125'8	1.047	120'3	91	267'0
Tirol	1.942	169'4	575	86'5	1.367	283'9
Vorarlberg	1.085	138'6	239	84'2	846	169'4
Kärnten	1.279	135'9	965	113'4	314	350'4
Burgenland	35	91'3	34	99'1	1	22'7
Österreich	14.036	129'4	9.452	108'4	4.584	215'3

Die Steigerung des Ausländer-Fremdenverkehrs von 2'2 Mill. im Jahre 1949 auf 4'58 Mill. (70% von

²⁾ Die Übernachtungszahlen für 1949/50 wurden um 20% erhöht (siehe Fußnote 3, S. 134).

³⁾ Die Verbilligungsaktion soll in erster Linie die starken Saisonschwankungen mildern. Es ist jedoch auch hier zu bedenken, daß jene Inländer, die teure Fremdenverkehrszentren aufsuchen — und dort ist die Glättung der Saison wegen des Bettenmangels in der Hochsaison besonders akut — in der Verbilligung keinen Anreiz sehen, ihre Reisen zu verschieben. Bei Betrieben der unteren Preiskategorie ist die Ermäßigung aber so gering, daß auch hier kein genügender Anreiz, den Urlaub zu verlegen, vorhanden sein dürfte.

1937) hat seinen Anteil am gesamten Reiseverkehr von 20% auf 33% erhöht, womit wieder das Verhältnis der Vorkriegszeit erreicht wurde. Die Frequenzzunahme ist um so bemerkenswerter, als die weltpolitischen Spannungen (Korea) die Touristik stark hemmten, insbesondere den Überseebesuch. Die „Billigkeit“ Österreichs erwies sich jedoch vor allem im europäischen Verkehr als äußerst wirksam. Der begrenzte Kurs-Vorteil wurde jedoch durch verschiedene Preissteigerungen ab Mitte des Jahres geschmälert. Der Vorsprung vor der Schweiz und den nordischen Staaten ist inzwischen auf eine kleine Spanne zusammengeschrunpft oder hat sich bei erstklassigen Arrangements sogar ins Gegenteil verkehrt. In den mittleren und unteren Preiskategorien allerdings dürfte Österreich noch überlegen sein und für die nächste Zeit wohl auch bleiben.

Unter den Herkunftsländern standen auch im Jahre 1950 wieder Italien, England und die Schweiz mit 47% aller Übernachtungen an führender Stelle. Außer im Falle Deutschlands und der USA haben sich die Frequenzzahlen aller übrigen wichtigen Länder verdoppelt oder sogar verdreifacht und damit auch den Vorkriegsstand erheblich überschritten; so Belgien um 223%, Frankreich 32%, England 25%, Italien 190%, Schweiz 55% und die USA um 12%, während Deutschland noch um 52% und die Niederlande um 44% hinter ihrer Frequenz von 1937 zurückblieben. Von den westeuropäischen Ländern weisen Belgien, Italien und die Schweiz die stärkste Steigerung auf; da diese Länder nie zu den entscheidenden Herkunftsgebieten gehörten, jetzt aber 36% der Übernachtungen bestreiten, dürfte ein erheblicher Teil dieser Besuche bei weniger günstigen Devisenkursrelationen ausfallen. Dies gilt insbesondere für Italien. Im deutschen Verkehr haben hemmende Reiseformalitäten bewirkt, daß die in Deutschland verfügbaren 176 Mill. Dollar nur zu 36% ausgenützt wurden. Die Besuche aus den USA und von Amerikanern, die in Europa stationiert sind, waren auch im Jahre 1950 mit einem Anteil von 7% relativ gering. Frankreich und Italien sind für den Amerikaner immer noch die Länder mit der größten Anziehungskraft, und der Aufenthalt in Österreich ist meist nur ein „Durchzugsverkehr“; bemerkenswert ist, daß die Schweiz im Jahre 1950 doppelt soviel Übernachtungen von Amerikanern zählte (682.038) wie Österreich. Die österreichische Werbung stößt insofern auf gewisse Schwierigkeiten, als der Amerikaner in erster Linie Kultur- oder Vergnügungstätten von internationalem Ruf aufsucht und weniger an landschaftlicher Schönheit oder Erholung allein interessiert ist.

Der Ausländer-Fremdenverkehr nach Herkunftsländern im Jahre 1950

Herkunftsland	Übernachtungen in 1.000	1949=100	Anteile	
			1949	1950
Belgien/Luxemburg	232'8	257'4	4'2	5'1
Deutschland	790'6	169'5	21'9	17'3
Frankreich	344'6	325'8	5'0	7'5
England	720'3	260'2	13'0	15'7
Italien	727'7	208'7	16'4	15'9
Niederlande	160'7	356'8	2'1	3'5
Schweiz	694'2	348'5	9'4	15'1
USA	311'9	181'7	8'1	6'8
Andere	600'1	70'8	19'9	13'1
Insgesamt	4.582'9	215'3	100'0	100'0

Die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr sind von 1949 auf 1950 um 332% auf 15'05 Mill. \$ oder 391'3 Mill. S gestiegen. Im Rahmen der Zahlungsbilanz entsprechen sie ungefähr den Ausgängen für Fracht und Spedition (15'72 Mill. \$) oder konnten sie 10% des Einfuhrüberschusses (einschließlich ERP) decken. Gegenüber dem Jahr 1937 sind die heutigen Einnahmen erheblich geringer, denn damals fielen 220 Mill. S (41'2 Mill. \$) aus dem Fremdenverkehr an, d. s. zu heutigen Dollarwerten rund 80 Mill. \$. Die gegenwärtigen Einnahmen betragen daher kaufkraftmäßig nur 20% der Vorkriegseinnahmen (obwohl die Übernachtungsfrequenz bereits 70% von 1937 erreicht hat) oder pro Übernachtung 28% der damaligen Einnahmen.

Devisenbilanz des Fremdenverkehrs¹⁾

Jahr	Einnahmen	Ausgaben ²⁾	Nettoeinnahmen (±)
1948	0'80	2'10	- 1'30
1949	3'48	2'61	+ 0'87
1950	15'05	3'63	+ 11'42
I.	0'98	0'58	+ 0'40
II.	2'71	0'82	+ 1'89
III.	9'47	1'30	+ 8'17
IV.	1'89	0'93	+ 0'96

¹⁾ Daten der Nationalbank. — ²⁾ Für österreichische Auslandsreisen.

In der regionalen Aufgliederung des Fremdenverkehrs sind gegenüber dem Jahre 1949 keine wesentlichen Änderungen eingetreten. Auf die Länder Salzburg, Tirol und Vorarlberg entfielen drei Viertel aller Ausländer-Nächtigungen; dort überwiegt daher der Auslandsverkehr auch anteilmäßig. Es wird eine Aufgabe der zukünftigen Werbung und Planung sein, die ausländischen Besucher auch für die übrigen Bundesländer stärker zu interessieren. Im Inländerverkehr dominieren die „billigeren“ Länder Ober- und Niederösterreich, Steiermark und Kärnten, die 67% der inländischen Reisenden aufnahmen. Abgesehen vom Burgenland hat sich in allen Ländern der Fremdenverkehr gegenüber 1949 gehoben, wenngleich von der Zunahme um 3'19 Mill. Übernachtungen allein 64'4% auf Salzburg, Tirol und Vorarlberg entfielen.

Anteile des Inländer- und Ausländer-Fremdenverkehrs in den einzelnen Bundesländern im Jahre 1950.

Bundesland	Gesamt	Inländer	Ausländer	Anteil der Ausländer in %	Ausländer 1949=100
Wien	6'6	3'8	12'2	61'0	108'2
Niederösterreich.....	17'5	25'7	0'8	1'5	124'0
Oberösterreich.....	15'4	20'1	5'5	11'7	204'5
Salzburg.....	21'5	20'2	24'3	36'9	193'9
Steiermark.....	8'1	11'1	2'0	8'0	212'2
Tirol.....	13'8	6'1	29'8	70'4	167'6
Vorarlberg.....	7'7	2'5	18'5	78'0	122'2
Kärnten.....	9'1	10'2	6'8	24'5	258'0
Burgenland.....	0'3	0'3	0'1	2'5	24'8
Österreich.....	100'0	100'0	100'0	32'7	166'3

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 168—170

Die *kommerzielle Einfuhr* erreichte im Februar mit 824 Mill. S wertmäßig einen neuen Höhepunkt. Auch die ERP-Einfuhr ist beachtlich gestiegen und war die höchste seit Juli vorigen Jahres. Sie umfaßte 60.200 t Waren im Werte von 203 Mill. S, darunter größere Mengen knapper Rohstoffe sowie Getreide und Fette. Die drohende Rohstoffknappheit wurde etwas gemildert, wenn auch auf Kosten einer rapiden Erschöpfung der Devisenreserven, deren Kaufkraft bereits durch die Preissteigerungen seit Mitte 1950 stark geschwächt worden war. Von der „Ausgangsposition“ bei der EZU wurden im Februar 198 Mill. \$ — die größte bisherige Monatsrate — beansprucht. Damit ist die für das Wirtschaftsjahr 1950/51 gewährte „indirekte“ Hilfe von 80 Mill. \$ — die letzten 8 Mill. \$ wurden im März ausgegeben — erschöpft. Auch die direkte ERP-Hilfe wurde in überdurchschnittlichem Tempo aufgebraucht. Vom 1. Juli 1950 bis Ende Februar 1951 wurden ERP-Importe (einschließlich Fracht) in einer Höhe von 63 Mill. \$ (Monatsdurchschnitt 7'9 Mill. \$) autorisiert¹⁾, so daß für die restlichen vier Monate des laufenden ERP-Jahres nur mehr 13 Mill. \$ insgesamt, oder 3'3 Mill. \$ pro Monat verbleiben. Wenn auch ein Teil der durch ERP und Ausgangsposition finanzierten Waren erst in den kommenden Monaten einlaufen wird, so ist doch mit einer äußerst schwierigen Situation zu rechnen, falls die gegenwärtig in Paris und Washington laufenden Besprechungen über eine Erhöhung der direkten und indirekten Hilfe erfolglos bleiben sollten.

Die akute Zahlungsbilanzkrise ließe sich aus eigener Kraft nur durch eine Steigerung der Ausfuhr (und eine bessere Erfassung der Ausfuhrerlöse) oder (und) eine Beschränkung der Importe auf unbedingt

¹⁾ Der Wert der tatsächlich eingelangten Waren betrug 61 Mill. \$, wovon ein Teil allerdings noch auf das Konto des Vorjahres entfällt.

lebenswichtige Waren lösen. Eine sprunghafte Steigerung der *Ausfuhr* ist jedoch gegenwärtig kaum zu erwarten. Die von der Exportkonjunktur besonders begünstigten Industrien wie Holz, Papier, Eisen und Stahl, produzieren vielfach schon nahe ihrer Kapazitätsgrenze. Eine weitere Steigerung ihrer ohnehin hohen Exportquoten — von 16 wichtigen Rohstoffen und Halbfabrikaten wiesen 12 im letzten Quartal 1950 eine deutliche Zunahme ihrer Ausfuhrquoten gegenüber den Vormonaten auf und acht überschritten ihre Ausfuhrquoten vom Jahre 1937 — würde die Beschäftigung der nachverarbeitenden Industrien sowie eine geregelte Inlandsversorgung gefährden. Die anderen Wirtschaftszweige hingegen stoßen auf wachsende administrative Abwehrmaßnahmen in einer Reihe von Ländern und finden den wichtigen westdeutschen Absatzmarkt derzeit nahezu vollkommen unzugänglich.

Ausfuhrquoten¹⁾

Warenart	1937	1949	1. Halbj.	1950 3. Viertelj.	4. Viertelj.
Eisenerz	20'3	—	—	2'7	8'3
Roheisen.....	29'5	40'6	45'5	51'1	48'3
Rohstahl.....	1'0	2'0	2'4	0'6	3'1
Walzware.....	26'5	24'7	24'6	23'5	32'1
Papier.....	50'5	39'0	45'7	49'4	55'7
Pappe.....	51'0	35'5	28'0	32'2	54'6
Holzschliff.....	19'4	6'8	7'6	12'6	7'9
Zellulose.....	54'2	32'4	45'1	41'0	43'1
Graphit.....	77'2	74'3	52'7	71'9	83'9
Aluminium.....	76'8	64'5	59'6	50'4	213'1
Sud- und Steinsalz..	7'8	4'5	3'3	9'9	10'3
Sintermagnesit.....	54'6	47'9	49'0	39'6	32'7
Kaust. gebr. Magnesit	150'2	47'8	49'3	50'4	68'1
Magnesitziegel.....	88'0	81'9	85'0	79'8	86'5
Baumwollgarne ²⁾	41'5	3'8	2'2	3'2	7'9
Wollgarne ²⁾	19'7	9'0	7'9	9'3	10'9

¹⁾ Mengenmäßige Ausfuhr in % der Produktion. — ²⁾ Einschließlich Zellwollgarne.

Es ist daher unwahrscheinlich, daß der sprunghaften Ausfuhrsteigerung in der zweiten Hälfte 1950 in kurzer Zeit eine neue Aufstiegsstufe ähnlichen Ausmaßes folgen kann. Wohl erholte sich die Ausfuhr im *Februar* etwas von dem Rückschlag im *Jänner* und stieg dank einer Zunahme der Fertigwarenexporte, insbesondere von Papier und Textilien, um 24'3 Mill. S auf 665'6 Mill. S. Das Ausmaß der Steigerung war jedoch geringer als saisonüblich (der saisonbereinigte Ausfuhrindex fiel um 7%).

Es wird daher kaum vermieden werden können, daß die Einfuhr in den kommenden Monaten eingeschränkt wird. Eine genauere Kontrolle wird dafür sorgen müssen, daß die Rückwirkungen auf Produktion und Beschäftigung möglichst gering bleiben. Die bevorstehende Auflassung der Außenhandelskommission und die Neuregelung des Außenhandelsverfahrens werden daher zwar die Technik des Genehmigungsverfahrens etwas vereinfachen, noch

nicht aber, wie ursprünglich geplant war, den Übergang zu einem freizügigen Devisen- und Importregime bringen können.

Exportkredite und Exportkreditgarantien

Der Export wird heute in den meisten Ländern durch Krediterleichterungen, spezielle Kreditfonds und staatliche Exportkreditgarantien gefördert. Auch Österreich hat im September vorigen Jahres eine „Österreichische Exportfondsgesellschaft“ mit einem Kapital von 25 Mill. S gegründet, mit dem Ziele, die Ausfuhr des Gewerbes sowie der Klein- und Mittelindustrie nach Hartwährungsländern durch Kredite zu fördern. Außerdem wurde ein Exportförderungsgesetz erlassen, das staatliche Exportkreditgarantien bis zu 500 Mill. S vorsieht.

Eine erste Zwischenbilanz zeigt, daß die Exportfondsgesellschaft sehr rasch und stark beansprucht wurde. Nach zögerndem Beginn überstiegen die gewährten Kredite im Jänner und Februar die Fünfmillionengrenze. Bis Ende März waren Kredite in der Gesamthöhe von 16,4 Mill. S, das sind zwei Drittel des „Exportfonds“, vergeben. Die starke Beanspruchung des Fonds dürfte u. a. darauf zurückzuführen sein, daß es für Kleinbetriebe schwierig ist, auf normalem Wege ausreichende Bankkredite zu bekommen.

Exportfondskredite

		in Mill. S
1950	September	0,3
	Oktober	0,8
	November	1,7
	Dezember	0,8
1951	Jänner	5,9
	Februar	5,2
	März	1,7
<hr/>		
September 1950 bis März 1951		16,4

Dagegen sind die Kreditgarantien auf Grund des Exportförderungsgesetzes bis heute relativ wenig ausgenützt worden. Bis 23. März 1951 wurden bei der Nationalbank 121 Exportkreditanträge mit einem Gesamtbetrag von 174,5 Mill. S eingereicht. Von diesen Anträgen wurden 12 später wieder zurückgezogen, 12 abgelehnt, 10 noch behandelt, so daß bis dahin insgesamt 87 Kreditanträge Refinanzierungszusagen in einem Gesamtwert von 105,9 Mill. S erhalten hatten. Von diesem Betrag waren 5 Mill. S bereits zurückgezahlt, während auf Zusagen in der Höhe von 3,9 Mill. S verzichtet worden war, so daß 97 Mill. S offene Zusagen verblieben. Da sich die Bundeshaftung nur auf 80% des Exportskredites bezieht, waren am 23. März 77,6 Mill. S (80% von 97 Mill. S) gemäß dem Exportförderungsgesetz gebunden, also bloß 15½% des Plafonds von 500 Mill. S. Diese verhältnismäßig geringe Inanspruchnahme von Exportkreditgarantien dürfte mit der guten Exportkonjunktur zusammenhängen, die von selbst günstige Zahlungsbedingungen und Kreditmöglichkeiten bietet, so daß sich die Exporteure nicht um eine Kreditgarantie bemühen müssen. Die noch ungenutzten Exportkreditgarantien von mehr als 420 Mill. S dürften aber später willkommen sein, wenn es gilt, die heimische Wirtschaft gegen Rückschläge auf den Weltmärkten abzusichern.

Stand der bei der Nationalbank auf Grund des Exportförderungsgesetzes eingereichten Exportkreditanträge am 23. März 1951

	in Mill. S
Gesamteinreichung	174,5
Davon:	
Refinanzierung zugesagt	105,9
Davon ab:	
Zurückgelegte Zusagen und Rückzahlungen	8,9
Verbleiben:	
Offene Refinanzierungszusagen	97,0
Hieron 80%, das sind	77,6
durch Exportkreditgarantie gedeckt.	